Bezugs-Preis für Halle u. Giebichenstein 2,50 ℳ, durch die Post bezogen 3 ℳ für das Vierteljahr.
Die Hallische Zeitung erscheint wochentäglich in erster Ausgabe Vormittags 11½ Uhr, in zweiter Ausgabe Nachm. 5 Uhr.
Fernsprechverbindung mit Berlin u. Leipzig. Anschluß Nr. 158.

Erste Ausgabe.

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Anzeige-Gebühren für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg nur 15 Pf., sonst 18 Pf. Sämmtliche für die Hallische Zeitung aufgegebenen Anzeigen werden im „Hallischen Inseratenblatt" unentgeltlich abgedruckt. Reclamen am Schluß des redactionellen Theil die Zeile 40 Pf.

Nummer 26. Halle, Montag 1. Februar 1892. 184. Jahrgang.

Bestellungen
auf die **Hallische Zeitung**
für die Monate Februar und März werden für Halle und Giebichenstein von der Expedition und den Zeitungsausträgern zum Preise von Mark 1,70, für Auswärts von allen Kaiserlichen Postanstalten und den Landbriefträgern zum Preise von 2 Mark entgegengenommen.

Politische und vermischte Nachrichten.

* **Der Kaiser** sah Sonnabend Abend den Finanzminister Dr. Miquel, den Kultus-Minister Grafen Zedlitz, den Geheimen Legationsrath Dr. Lindau, den ersten Vize-Präsidenten des Herrenhauses Frhrn v. Manteuffel und den Reichstagsabgeordneten v. Helldorf-Bedra 2c. zu einem Herren-Abend bei sich als Gäste. Während der Sonntag Morgenstunden arbeitete der Kaiser mit dem Chef des Civil-Kabinets und ertheilte dem Professor Adler Audienz. Um 11 Uhr begab sich Se. Maj. der Kaiser mit den Königlichen Prinzen und Prinzessinnen 2c. mittelst Sonderzuges nach Potsdam zur Taufe des dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Leopold jüngst geborenen Sohnes. Ihre Majestät war bereits eine Stunde früher mit der Prinzessin Heinrich, der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen und der Prinzessin Margarethe nach Potsdam gefahren.

* **Der Reichstag** berieth am Sonnabend den zweiten Nachtragsetat für 1891/92 in zweiter Lesung. Eine kurze Debatte knüpfte sich nur an die Forderung für die Befestigung von Helgoland. Im Ganzen sollen für diesen Zweck 8 895 000 ℳ aufgewandt werden. Zur Bewilligung stand die erste Rate mit 1 395 000 ℳ. Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß der Staatssecretär der Marine entschieden dem Gedanken entgegentrat, als ob durch die Erwerbung und Befestigung von Helgoland an den Erfordernissen unserer Marine irgend etwas geändert werde. Die Position wurde wie alle übrigen bewilligt. Mit der alsdann vorgenommenen zweiten Berathung der allgemeinen Rechnung über den Reichshaushalt für das Etatsjahr 1884/85 wurde die alte staatsrechtliche Streitfrage über die Nothwendigkeit der Gegenzeichnung der justificirenden Cabinetsordres wieder zur Verhandlung gebracht. Eine wirkliche Entscheidung dieser Frage kann nur von einem Comptabilitätsgesetze erwartet werden, zu welchem bekanntlich vor 1½ Jahrzehnten verschiedene Anläufe genommen sind, die man aber später wegen vollständiger Aussichtslosigkeit nicht wiederholt hat. Auf die jetzige Anregung des Abg. Wieschal bemerkte Staatssecretär Bosse, daß man erst die Erledigung dieser Aufgabe in Preußen werde abwarten müssen. Was die für 1884/85 anlangt, so ist dieselbe um der Frage der justificirenden Cabinetsordres willen wiederholt an die Rechnungscommission zurückverwiesen worden. Dies wollten nun von Neuem die Abgg. Wieschal und Meyer. Dem traten indeß das Centrum und die Conservativen entgegen. Bei einem von Abg. Rickert gestellten Antrage auf Vertagung ergab sich die Anwesenheit von nur 108 Mitgliedern, also Beschlußunfähigkeit.

* **Die Auswechselung der Ratifikationen** zu den Handels- und Zollverträgen Deutschlands mit Belgien und der Schweiz vom 6 bezw. 10. Dezember 1891 hat am Sonnabend im Auswärtigen Amt stattgefunden.

* **Zum Volksschulgesetz** nehmen die „B. P. N." mit den folgenden bemerkenswerthen Auslassungen in ihrer Sonnabendsnummer das Wort:

Der Zweck der letzten Rede des Herrn Reichskanzlers war offenbar nicht der, dem Abg. Knörcke zu antworten, sondern Oel auf die hochgehenden Wogen zu gießen. Schon seine gestrige Rede war ohne Zweifel von der gleichen Absicht getragen, diese Absicht aber infolge der hochgradigen Spannung der Stimmung der Verhandlung nicht erreicht, vielmehr war noch eher eine Verschärfung derselben herbeigeführt worden. Die heutige Rede des Herrn Reichskanzlers war, ohne von der Entscheidenheit in Bezug auf die sachliche Gesammtstellung zu der Streitfrage abzugehen, in Ton und Bild darauf berechnet, eine sachliche Verständigung auch um den Preis von Abweichungen im Einzelnen von der Vorlage herbeizuführen. Seine Schlußwendung, daß die Seifenblase der großen liberalen Partei inzwischen geplatzt zu sein scheine, fand denn auch sofort die gewünschte Bestätigung durch den Abgeordneten Friedberg, welcher zugleich die Bereitwilligkeit erklärte, in der Kommission zur Erzielung eines positiven Ergebnisses mitzuwirken.

Wenn, wie verlautet, auch in der konservativen Partei die Neigung, eine Verständigung zu suchen, größer ist, als nach der Erklärung ihres Fraktionsredners angenommen werden mußte, so erweckt das Ende der Volksschulgesetzdebatte größere Hoffnung auf einen im allgemeinen politischen Interesse befriedigenden Abschluß, als dies noch dem Gange der vorhergehenden Diskussion anzunehmen war. Jedenfalls ist der Hinweis des Ministerpräsidenten darauf, daß das Gesetz mit seinen beinahe 200 Paragraphen den verschiedensten Wechselfällen ausgesetzt und deshalb seine schließliche Gestaltung nicht mit Sicherheit vorauszusehen sei, nur zu berechtigt.

Nehmen die weiteren Berathungen über das Volksschulgesetz die vorstehend skizzirte Gestaltung an, so darf man sich der Hoffnung hingeben, daß der Wunsch Sr. Majestät des Kaisers, wie wir bestimmt versichern können, dahin geht, daß ein Volksschulgesetz am besten unter Mitwirkung aller Parteien und mit möglichst viel Stimmen zur Annahme gelangen sollte, in Erfüllung gehen wird.

* In allen unterrichteten Kreisen wird der auch von uns unlängst an leitender Stelle angezweifelten Nachricht der „Freisinnigen Zeitung", daß die Herren **Miquel** und **Bennigsen** ihre Abschiedsgesuche einreichen wollen, kein Glauben geschenkt. Es wird im Gegentheil, wie eine sehr gut unterrichtete Correspondenz aus Berlin meldet, angenommen, daß die „Krise" als beseitigt zu betrachten ist und daß namentlich für den Finanzminister, dem noch so große und wichtige Aufgaben auf dem Gebiete der Steuerreform obliegen, keine Beurlaubung mehr vorliegt, auf seine Entlassung zurückzukommen. Gegenüber der Behandlung dieser Frage in einem Theile der Presse möchte darauf hinzuweisen sein, daß in Preußen die Minister nicht Minister irgend einer Partei, sondern Minister des Königs sind, welcher Letztere allein, ohne Rücksicht auf parlamentarische Erfolge oder Mißerfolge, die Ernennungen und Entlassungen vollzieht.

* Ein **neuer Schulgesetzentwurf** ist soeben auch in Baden der Kammer vorgelegt worden. In demselben bleibt die Simultanschule erhalten. Das Gehalt des Lehrers wird künftig aus der Staatskasse bezahlt und richtet sich nach der Dienstzeit. Das Anfangsgehalt ist von 920 auf 1200, das Höchstgehalt auf 1800 ℳ festgesetzt. Letzteres wird durch regelmäßige Zulagen von 100 ℳ erreicht. Die Ruhegehälter erhöhen sich für ⅔ der Lehrer von 1000, für ⅙ von 1100 und für ⅙ von 1300 auf 1545 ℳ. Das Wittwengeld steigt von 390 ℳ auf den Mindestbetrag von 408 ℳ und kann die Höhe von 618 ℳ erreichen.

* Die **Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch** hat in ihren Sitzungen am 25. und 26. Januar die §§ 369—380 erledigt.

* Die **Handelskammer zu Osnabrück** sollte Schritte gethan haben um eine weitere Ausdehnung der Verantwortlichkeit für Preßerzeugnisse auf den Korrektor 2c. Diese Mittheilung beruhte, wie die „Post" jetzt berichtigt, auf einem schwer begreiflichen Irrthum, denn die Handelskammer hat im Gegentheil beschlossen, sich an den Reichstag zu wenden, um der ungeheuren Ausdehnung der Preßverantwortung, die sich auf das bekannte Reichsgerichts-Erkenntniß stützt, ein Ziel zu setzen.

* **Der 21. Landtag des Herzogthums Braunschweig** wurde bis zum 10. März behufs Vorberathung der Vorlagen vertagt.

* Das neue Patentgesetz bestimmt bekanntlich u. a., daß durch Bundesrathsverordnung die **Auslegung der Patentanmeldungen** nebst Beilagen auch außerhalb Berlins erfolgen kann. Der Umstand, daß die Auslegung der Anmeldungen bis zum 1. Oktober v. J., dem Termin des Inkrafttretens des neuen Gesetzes, ausschließlich am Sitze des Patentamtes erfolgte, hatte den Bewohnern der fernerr gelegenen Industriebezirke zu Klagen Anlaß gegeben, welchen mit der erwähnten Bestimmung abgeholfen werden soll. Bisher ist nun noch nicht vom Bundesrathe bestimmt worden, an welchen Orten außer Berlin diese Auslegungen erfolgen sollen. Wie wir hören, ist jedoch die Handelskammer in Mannheim schon vor einiger Zeit bei dem badischen Ministerium des Innern dahin vorstellig geworden, für Mannheim in die Frage im Bundesrathe einzutreten.

* Unter Bezugnahme auf die Meldung **von der provisorischen Verlängerung des Handelsvertrages mit Spanien**, wonach jedoch in Spanien deutscher Sprit und in Deutschland spanische Weine vom 1. Februar ab dem höheren Zoll, unterliegen, theilt die Handelskammer von Hamburg mit, über die Verlängerung des Vertrages mit Portugal sei nichts bekannt, es sei daher anzunehmen, daß der Vertrag nicht verlängert werden würde, daß also die portugiesischen Waaren in Deutschland und die deutschen Waaren in Portugal vom 1. Februar ab als nicht meistbegünstigt behandelt werden würden. Die Deklarationen über die im Freihafen vorhandenen Bestände von Getreide, Holz, Wein seien bis zum 31. ds., Abends 7 Uhr, der Zollbehörde einzureichen. Die Bestände, welche bis dahin nicht angemeldet seien, hätten auf Begünstigung keinen Anspruch.

* **Die Besserung in dem Befinden der Kaiserin Friedrich** schreitet fort, doch ist Allerhöchstdieselbe noch immer genöthigt, das Zimmer zu hüten.

* **Zu Potsdam** fand am Sonntag Mittag 12 Uhr im Königl. Stadtschlosse die Taufe des Sohnes des Prinzen Friedrich Leopold durch den stellvertretenden Schloßpfarrer Consistorial-Rath Dr. Dryander statt. Ihre Majestäten wohnten der heiligen Handlung bei. Der Prinz erhielt die Namen „Joachim Wilhelm Sigismund Victor Friedrich Leopold". Nach der Feier fand eine Galatafel von 130 Gedecken im Marmorsaale statt.

* **Der für die Einführung der elektrischen Beleuchtung in Bremen eingesetzte Ausschuß** beantragt; den von der Firma Siemens und Halske eingereichten Ent-

Nachdruck verboten.

Städtische elektrische Centralen.

Eine ernste Mahnung zum Nachdenken.

IV.

Herrn Stadtrath Schrader gebührt das Verdienst, durch seine auch in Brochürenform verbreiteten Artikel die dankenswerthe Anregung zur öffentlichen Besprechung dieser tief in das geschäftliche und in das Privatleben der Bürgerschaft einschneidende Frage gegeben zu haben. Durch das Schraderische Verfahren rechtfertigt sich ohne Weiteres jeder anderweitige Versuch, die öffentliche Meinung aufzuklären. Es sollte mich freuen, wenn die Schraderschen Artikel, welche dazu bestimmt waren, „den Freunden der Elektrizität, insbesondere den Mitgliedern der städtischen Behörden" die elektrische Beleuchtung gründlich zu verleiden, den entgegengesetzten Erfolg haben sollten, die Errichtung städtischer Centralen kräftigst zu fördern.

Herr Stadtrath Schrader macht in den Artikeln 2—5 den Versuch, aus den von ihm zusammengestellten Verwaltungsberichten von elf zu diesem Behufe gewählten Elektrizitätswerken die Unrentabilität solcher Anlagen durch Zahlenmaterial zu beweisen, welches er zwar den offiziellen Verwaltungsberichten der betreffenden Werke entnimmt, aber nach einer von ihm selbst konstruirten Methode auf „gleicher Grundlage" umrechnet.

Zunächst ein kurzes Wort über diese „Grundlage." In seinem fünften Artikel bemängelt Herr Stadtrath Schrader die Höhe der von städtischen Centralen anderwärts eingesetzten Amortisationsquoten. Unter Anderem erklärt er 15 % Abschreibungen für Akkumulatoren deshalb für angemessen, weil Herr Hofrath Professor Dr. Kittler vor drei Jahren diesen Satz verlangt hat. Mehr als genügend sind aber für Akkumulatoren 10 % Abschreibung, nachdem die „Akkumulatoren-Fabrik Aktiengesellschaft in Hagen" sich bereit erklärt hat, für 4½ % die Unterhaltung der von ihr gelieferten Akkumulatoren auf fünfzehn Jahre zu übernehmen und nach Ablauf dieser Probezeit die Akkumulatoren in „neuem Zustand" abzuliefern. Die Mehrzahl der Abnehmer zieht es vor, auf diese von der Fabrik gebotenen „Vortheile" einfach zu verzichten, nachdem erwiesen ist, daß die Akkumulatoren einen weit geringeren Aufwand von Erhaltungskosten verursachen, als die von jener Fabrik geforderten 4½ Prozent. Wenn Herr Professor Kittler in seinem Gutachten für Mannheim 15 Prozent Abschreibungen für Akkumulatoren eingesetzt hat, was Herr Stadtrath Schrader ganz richtig hervorhebt, so hätte Herr Stadtrath Schrader dieser seiner Angabe hinzufügen müssen, daß das vor drei Jahren geschehen ist zu einer Zeit, wo man noch wenig Vertrauen zu der Haltbarkeit der Akkumulatoren hatte, denn erst im Herbst 1889 trat die mehrerwähnte Fabrik mit ihren Garantien hervor.

Durch die Ermäßigung dieser einen Position schon verringert sich der für die jährliche Amortisationsquote erforderliche Ansatz um mehrere Prozent.

Zwar hat Herr Stadtrath Schrader selbst die Amortisationsposten nicht einzeln aufgeführt; doch scheint es behufs Würdigung des Schraderschen Pauschalsatzes angemessen, die Berechnung der erfahrungsmäßig erforderlichen Abschreibungen zu spezialisiren, wie folgt: Jährliche Amortisationsquote: a. Grundstück 0%, b. Gebäude 1½%, c. Maschinen ev. Dampfkessel 8%, d. Kabelnetz 3%, e. Akkumulatoren 10%, f. Elektrizitätszähler 10%, g. Elektrische Apparate 10%. Die oben angegebene Differenz von mehr als zwei Prozent ergiebt sich gegenüber der Schraderschen Schätzung, trotzdem in vorstehender Aufstellung einige Sätze in voller Höhe der Schraderschen Annahme beibehalten sind.

Resultirt nun schon hieraus, daß die von Herrn Stadtrath Schrader gegen die Rentabilitätsrechnung einzelner Elektrizitätswerke erhobenen Einwände in diesem Punkte unzutreffend sein müssen, so tritt eine noch erklatantere Unbilligkeit der von Herrn Stadtrath Schrader in den Artikeln 2—4 an den Betriebsresultaten einzelner Elektrizitätswerke geübten Kritik hervor. Annahmen und Angaben der Schraderschen Kritik sind auch in diesem Punkte nicht einwandfrei. Für die Centrale Darmstadt beträgt beispielsweise die Differenz zwischen der Schraderschen Umrechnung und den thatsächlichen Betriebsresultaten in den vier ersten Jahren rund 78 000 Mark. Statt der für die Centrale Elberfeld in den drei ersten Betriebsjahren von Herrn Stadtrath Schrader herausgerechneten Verluste ergiebt sich in Wirklichkeit ein Ueberschuß.

Für die Centrale Barmen ist die Differenz rund 29 000 Mark. — Uebrigens will ich bemerken, daß dieser Theil der Schraderschen Brochüre bereits in einem von Herrn Stadtrath Schrader für den Gebrauch der städtischen Behörden Ende 1888 zusammengestellten Bericht der Hauptsache nach enthalten war und damals auf Grund der in der „Elektrotechnischen Zeitschrift" veröffentlichten Angaben berichtigt worden ist. Einen Theil dieser Angaben hat auch der Einsender des in Beilage 2 zu Nr. 371 der „Saale-Zeitung" enthaltenen „Eingesandt" benutzt. Um denjenigen der geehrten Leser, welchen nur die Angaben der Schraderschen Brochüre, nicht aber die kahlen Zahlenzusammenstellungen des gegen diese Angaben gerichteten „Eingesandt" imponirt haben, eine Vorstellung davon zu verschaffen, wie bei der Schrader'schen „Umrechnung" Differenzen von solcher Höhe entstehen konnten, will ich die erheblichste dieser Differenzen, — 78 000 Mark für Darmstadt — durch einige Details illustriren. Herr Stadtrath Schrader glaubte gefunden zu haben, daß der Darmstädter Bericht für das erste Betriebsjahr Zinsen, Amortisation und Abschreibungen überhaupt nicht enthalte, — er hielt sich daher für berechtigt, bei seiner Umrechnung diese Posten einfach nachzuholen und dieselben für ein volles Jahr in Anrechnung zu bringen, während in Wirklichkeit dieser erste Abschnitt noch nicht volle sieben Monate umfaßt. Die Schrader'sche Entdeckung ist aber aus folgenden Gründen fehlerhaft und unrichtig. Die Zinsen der für die Darmstädter Centrale bis 31. März 1889 verausgabten Summe haben thatsächlich 5250 Mk. betragen, sind aber, weil der siebenmonatliche Betrieb des ersten „Geschäftsjahres" zum Theil ein Probebetrieb war, zum Theil auch noch in die Bauzeit fiel, dem Baukapital zugeschlagen. Dieselben konnten deshalb nicht nochmals in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818920201 1-19/fragment/page=0001

wurf anzunehmen und zur Ausführung 1 900 000 Mark zu bewilligen.

* In der Weserzeitung wird die Meldung von der **Abtretung Cuxhafens an Preußen** von unterrichteter Seite als eine den Interessen Hamburgs schnurstracks zuwiderlaufende Unmöglichkeit und als unsinnig bezeichnet.

---

* Zu den irrigen Kombinationen, um nicht zu sagen, falschen Ausstreuungen, welche an die Vorbereitungen für **die Valutaregulirung in Oesterreich geknüpft werden,** gehören auch, wie uns aus Wien berichtet wird, die Meldungen, welche Silberverkäufe der österreichischen Regierung in Aussicht stellen und welche Kombinationen auch zu dem neuesten Preissturz des Silbers beigetragen haben. Die Eventualität österreichischer Silberverkäufe konnte überhaupt gar nicht in Erwägung gezogen werden, da einschließlich des Silberschatzes der österreichisch-ungarischen Bank im Betrage von 166 Millionen im Ganzen nur beiläufig 210 Millionen Silber in Oesterreich vorhanden sind, von welchen nach Einziehung der Staatsnoten ein großer Theil zur Vermehrung der Scheidemünze, deren gegenwärtig nur etwa 24 Millionen zirkuliren, wird verwendet werden müssen. Daß also Silberverkäufe von österreichischer Seite zu erwarten seien, ist schlechterdings nicht anzunehmen.

---

* **Die 20. Plenarversammlung des deutschen Landwirthschaftsrathes** ist auf Montag, den 7. März, 10 Uhr Vormittags, zu Berlin, im Gebäude des Provinzial-Ständehauses N., Matthäikirchstraße 20/21, anberaumt. Die Dauer der Sitzung wird voraussichtlich 6 Tage betragen. Tagesordnung: 1) Der Abschluß der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz in Beziehung zur deutschen Landwirthschaft. In Verbindung hiermit besondere Verhandlung über: a. Das Eisenbahntarifwesen und dessen internationale Beziehung unter dem System der Handelsverträge. b. Die Staffeltarife für Getreide auf den preußischen Staatsbahnen. c. Die Zölle der für die Landwirthschaft unentbehrlichen Produktionsmittel (insbesondere Futtermittel). d. Maßnahmen zum Schutz des einheimischen Weinbaues. e. Beförderung der inneren Kolonisation: Entwickelung des Verkehrswesens (insbesondere der Verkehrsstraßen untergeordneter Bedeutung und des Kanalwesens.) 2) Die Abänderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes. 3) Maßnahmen gegen die Mißbräuche der Spekulation im Getreidehandel. 4) Die Nothwendigkeit schärferer Maßnahmen zur Bekämpfung der Viehseuchen: a. Rothlauf der Schweine. b. Tuberkulose des Rindviehs (in Verbindung damit: Frage der Viehversicherung.) c. Maul- und Klauenseuche (in Verbindung damit: Zweckmäßigere Organisation des Seuchen-Nachrichtendienstes.) 5) Die Reform der Saatenstandsberichte und der Ernteermittelung. 6) Herbeiführung einheitlicher Getreide-Preisnotirung an den deutschen Börsen. 7) Handel und Notirung nach Lebendgewicht für Schlachtvieh. 8) Die Bestrebungen zur Regelung des Handels mit käuflichen Futtermitteln: a. Bericht über die Arbeiten der Futtermittel-Kommission. b. Die Gewinnung besserer Kenntniß über den Einfluß der käuflichen Futtermittel, ihrer Bestandtheile und der zu Fälschungszwecken benutzten Zusätze auf den Gesundheitszustand der Thiere. 9) Berichte über neuere Vorgänge auf den Gebieten des Versicherungswesens und des Eisenbahntarifwesens.

---

* **Sozialdemokratisches.** Man schreibt aus Chemnitz: Das Treiben der hiesigen Sozialdemokraten hat neuerdings eine so wüste Form angenommen, als sollten die Zeiten wieder heraufgeführt werden, in denen Mist hier seine nach Pech und Schwefel riechenden Zündmittel unter die Massen warf. Der geistige Leiter der Partei hier am Orte ist jetzt ein von der Universität weggewiesener Student, wie es ja bei den Sozialdemokraten schon längst nichts Neues mehr ist, daß Studenten lehren anstatt zu lernen. Der jugendliche Volkslehrer schreibt der Partei ihr hiesiges Blatt in einem Tone, daß er mit den Gerichten bereits sehr ernst zusammengestoßen ist, und predigt in den Vereinsversammlungen in einer Weise, daß das hiesige Polizeiamt den „Sozialdemokratischen Wahlverein zu Chemnitz und Umgegend" auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes schließen mußte, weil sich in den letzten Versammlungen unzweifelhaft herausgestellt hat, daß dessen Zweck darauf gerichtet ist, zu Gesetzesübertretungen aufzufordern oder dazu geneigt zu machen. Ein junger Student ist natürlich in den Händen der von den Leidenschaft geführten Stürmer und Dränger ein willkommenes Werkzeug; er glaubt sich verdient zu machen, wenn er alle Rücksichten fahren läßt, und sieht sich für den Priester eines neuen Evangeliums an, während er doch nur die alte Wahrheit bestätigt, die schon Goethe in Verse gebracht hat:

Das Schlimmste sind' ich den Dünkel des irrigen Wahnes
Der die Menschen ergreift, es könne jeder im Taumel
Seines heftigen Wollens die Welt beherrschen und richten.
Aber wie sollte die Welt sich verbessern? Es läßt sich ein jeder
Alles zu und will mit Gewalt die andern bezwingen.
Leider haben die Hetzreden und Brandschriften ihre Wirkung
immer bereits gethan, ehe die Behörde in der Lage ist, gegen
sie einzuschreiten.

---

* **Gesammtverband deutscher Verpflegungsstationen.** Die in fast allen Theilen Deutschlands bestehenden Verpflegungsstationen (Wanderarbeitsstätten), etwa 1950 an der Zahl, welche unbemittelten Wanderern gegen Arbeitsleistung Nachtquartier und Verköstigung gewähren, haben sich als ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Wanderbettelei erwiesen. Sie sind in einzelnen Ländern und Provinzen bereits zu Verbänden vereinigt, welche jedoch hinsichtlich der maßgebenden Grundsätze und ihrer Anwendung sowohl unter sich, als auch den verbandslosen Ländern und Bezirken gegenüber vielfache Verschiedenheiten aufweisen, ein Umstand, der eine zweckentsprechende Handhabung des Stationswesens sehr erschwert. Zur Berathung über die Beseitigung dieses Uebelstandes hatten sich in den letzten Tagen auf Einladung des Mitvorsitzenden des Stationsverbandes Hessen-Nassau, Ober-Präsidenten Grafen zu Eulenburg, Vertreter der Stationsverbände und Vertrauensmänner der verbandslosen Länder und Bezirke aus beinahe allen deutschen Gebieten in Cassel versammelt, namentlich aus Bayern, Württemberg, Baden, Weimar, Waldeck, sowie aus den Verbänden Brandenburg, Gotha, Hessen, Hessen-Nassau, Niedersachsen, Ost-Thüringen, Provinz Sachsen und Anhalt, Schlesien, Schleswig-Holstein, Süddaden, Westfalen. Hierbei ist zu bemerken, daß eine Reihe der nicht genannten deutschen Staaten diesen vorbezeichneten Verbänden angehört, wie z. B. das Herzogthum Braunschweig dem Niedersächsischen, desgleichen Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß-Gera und Theile von Weimar dem Ostthüringischen. In dieser Versammlung, welche unter Betheiligung von Vertretern des Centralvorstandes Deutscher Arbeitercolonien und des Deutschen Herbergsvereins am 12. und 13. v. M. tagte, ist die Bildung eines Gesammtverbandes Deutscher Verpflegungsstationen (Wanderarbeitsstätten) beschlossen und eine Einigung über die wichtigsten Grundsätze des Stationswesens erzielt worden. Der Verband tritt ins Leben, sobald die Mächtigeber der an der Versammlung betheiligten Vereine ihre Zustimmung erklärt haben werden. Bis dahin führt die Geschäfte ein provisorischer Vorstand, welcher zusammengesetzt ist aus folgenden Herren: Ober-Präsident Graf zu Eulenburg Vorsitzender, Regierungs-Präsident Rothe in Cassel Stellvertreter, Landrath Beckhaus in Hofgeismar Geschäftsführer, Pastor von Bodelschwingh in Bielefeld, Geheimer Ober-Regierungs-Rath Engelhorn in Constanz, Ober-Regierungs-Rath von Massow in Lüneburg, Pastor Mörchen in Bielefeld.

Aus der Wehrordnung.

In Sachen der von uns erwähnten Auslegung des § 116 der Wehrordnung für die ehemaligen Einjährig-Freiwilligen schreibt die „Straßburger Correspondenz":

„Verschiedene Blätter haben in letzter Zeit die Mittheilung gebracht, daß die Bestimmung des § 116 Ziffer 3 Absatz 1 der Wehrordnung, wonach Mannschaften der Landwehr ersten Aufgebots, welche das 32. Lebensjahr überschritten haben, zu den gesetzlichen Uebungen nur ausnahmsweise und nur auf Grund besonderer kaiserlicher Verordnung einberufen werden, für alle diejenigen ehemaligen Einjährig-Freiwilligen nicht Anwendung finden könnte, welche über ihr 23. Lebensjahr hinaus Aufstand für ihren Eintritt erhalten hätten. Diese Auffassung wurde auf die Bestimmung im Absatz 2 desselben Paragraphen der Wehrordnung zurückgeführt, nach welcher eine Befreiung von der Uebungspflicht für diejenigen auch nach vollendetem 32. Lebensjahre nicht eintritt, welche in Folge eigenen Verschuldens verpflichtet in den aktiven Dienst getreten sind. Wir können nach Lage der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen eine solche Auffassung nicht für zutreffend erachten. Nach Art. I des Gesetzes vom 11. Februar 1888, betreffend Aenderungen der Wehrpflicht, gehört jeder wehrfähige Deutsche vom vollendeten 20. bis zum beginnenden 28. Lebensjahre dem stehenden Heere an. Hierbei ist es gleichgültig, ob er sofort beim Beginn seiner Dienstpflichtzeit in das stehende Heer eingetreten ist oder ob er einige Jahre von der Aushebung zurückgestellt worden war und nur kürzere als die gewöhnliche Dauer der Reserve angehörte. Da nach § 11[1] der Wehrordnung die Reservepflicht von demselben Zeitpunkte ab zu berechnen ist, wie die active Dienstpflicht, auch wenn in der Erfüllung der letzteren eine Unterbrechung eingetreten ist, und da die Dienstpflicht im stehenden Heere, welche zugleich die active Dienstpflicht und die Reservepflicht umfaßt, sieben Jahre — vom vollendeten 20. bis zum beginnenden 28. Lebensjahre — dauert, und ferner der Uebertritt zur Landwehr ersten Aufgebots unmittelbar nach abgeleisteter Dienstpflicht im stehenden Heere stattfindet, so kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß auch die ehemaligen Einjährig-Freiwilligen, welche erst nach ihrem 23. Lebensjahre in den aktiven Dienst eingetreten sind, nicht länger als die gesetzlich vorgeschriebene Zeit in der Reserve zu verbleiben haben und zur selben Zeit zur Landwehr ersten Aufgebots übergeführt werden, als ob sie vor ihrem 23. Lebensjahre in die aktive Armee eingetreten wären. Die Heranziehung solcher Personen zu Landwehr-Uebungen nach vollendetem 32. Lebensjahre wird daher in gewöhnlichen Fällen nicht stattfinden, zumal das auf einer gesetzlichen Bestimmung beruhende längere oder kürzere Verbleiben in der Reserve nicht als ein strafbares Verschulden der Betreffenden angesehen werden kann, das deshalb einer besonderen Sühnung bedürfte."

Die Thatsache, daß solche Einjährig-Freiwilligen nach ihrem 32. Lebensjahre zu den Anfangs Februar beginnenden Landwehrübungen einberufen und auf ihre durch § 116 Ziffer 3 Abs. 1 begründeten Reklamationen mit dem Hinweis auf den Abs. 2 Lit. a abschlägig beschieden worden sind, steht trotzdem fest.

Aus dem Landtag.

Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung vom 30. Januar, 11 Uhr.

Der Abg. Mithoff (nl.) ist heute Morgen plötzlich am Lungenschlag gestorben. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Die erste Berathung des Volksschulgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Stöcker (kons.): Die Debatten dauern sonst höchstens 3 Tage wie die Schlacht bei Leipzig; diese Debatte dauert schon eine Woche wie die Hunnenschlacht, bei welcher die Geister noch in der Nacht weiter kämpften. Ein Geisterkampf ist die Debatte wirklich geworden, nicht blos bezüglich des Schulwesens, sondern auch bezüglich des ganzen politischen Lebens. Bei den Freikonservativen vermissen wir die volle Würdigung der Kirche, bei den Nationalliberalen und bei den Freisinnigen die volle Würdigung des Christenthums. Die Schule braucht eine gesunde Pädagogik und diese kann nur die christliche sein. Denn wegen der internationalen Sozialdemokratie braucht man eine erstehende Macht, welche ebenso international ist, welche über die nationale Erziehung hinausgeht. Das ist das Christenthum. Die Sozialdemokratie ist nicht vom Himmel gefallen, sie ist das Produkt der Sünden der Gesellschaft. Dagegen hilft nur eine klare bewußte Stellung, welche nur auf der Grundlage des Christenthums errungen werden kann. Vom selbstständigen Denken der Lehrer sprach Herr von Zedlitz. An die Reden auf dem Lehrertage, welche davon sprechen, daß die Bildung das Muckerthum, Junkerthum und Gottesgnadenthum beseitigen werde, hat er wohl nicht gedacht; aber wohin das selbstständige Denken der Lehrer führt, zeigen diese Lehrerversammlungen. Bei Kindern bis 14 Jahren ist ein selbstständiges Denken überhaupt nicht möglich. Die Kinder können nur im Denken geübt werden. Für die große Menge des Volkes, welche nicht literarisch gebildet ist, ist die Religion das Gebiet der Ideen. Die Religion erfüllt den ganzen Menschen, sie befriedigt die Vernunft zu höheren Ideen und stärkt den ganzen Menschen. Solche Menschen sind mir in meiner Praxis sehr viel vorgekommen und sie lehren mich wünschen, daß unser Volk so ausgebildet werden möge. Man will eine Erregung in das Volk bringen. Das ist ja leicht zu machen. Es wird eine Parole an die „Roß" ausgegeben: Stöckerei und Muckerei u. s. w., das wird dann von der gesammten orientalischen Presse nachgedruckt. Die Sache gewinnt dann ein politisches Interesse, aber vom Volksschulgesetz ist dabei keine Rede mehr. Will man ein Schulgesetz machen, so ist dies die beste und günstigste Zeit, sie kommt nicht wieder. (Abg. Rickert: Sehr richtig! Große Heiterkeit.) Lassen Sie noch einige Zeit die Geister so auseinander gehen wie jetzt, dann finden Sie überhaupt keine gemeinsame Basis mehr. Man spricht davon, daß die Schule der Kirche ausgeliefert werden solle. Die Kirche ist doch nicht Sache der Geistlichen, sondern Sache des Volkes und der bürgerlichen Gesellschaft; es handelt sich darum, die Ideen der Kirche ans Licht zu bringen zur Bekämpfung der Unsittlichkeit und des Umsturzes. Wer darin eine Gefahr für den Staat sieht, mit dem ist nicht zu verhandeln. Ich würde gern mit den Nationalliberalen zusammengegangen sein (Heiterkeit links); aber sie haben die Vorlage schon vor ihrem Erscheinen bekämpft. Herr Friedberg meint, in der Verfassung stehe nur, die konfessionellen Verhältnisse sollen möglichst berücksichtigt werden, das heißt doch so viel als möglich. Seine anderen Bedenken sind durchaus unberechtigt; damit wird es nicht gelingen, die Menge anzuregen. Konfessionelle Gymnasien giebt es schon lange. Als eine junge Dorfschule gegründet wurde, hat kein liberales Blatt etwas dagegen einzuwenden gehabt. Nur den einen Beispielag, kann Herr Friedberg vorführen, der in der Generalsynode für die Ausgestaltung der Schule gestimmt hat, wie dieser Entwurf sie bringt. Herr Virchow hat mich den Verführer meiner Partei genannt, aber das bin ich nicht; wir stehen auf dem gemeinsamen konfessionellen Standpunkte. Wenn Herr Virchow verneint, daß der Unterricht konfessionell sein muß, so ist sein Standpunkt nicht mehr diskutabel. Daß ein Professor, der auf der Höhe in des Geistes steht, der Offenbarung entbehren kann, verstehe ich; aber wie man bei der Volksschule sich auf die Moral der Wilden beschränken kann, das verstehe ich nicht. Herr Virchow hat gesagt, mit Priestern ist schlecht auszukommen; mit liberalen Professoren ist noch schlechter auszukommen; sie haben die Verbildung in die Köpfe des Volkes gebracht. Die erste Stelle bei der Erziehung der Kinder haben die Eltern, die zweite Stelle die Gemeinde, die dritte Stelle die Kirche und endlich die vierte Stelle der Staat. Nur unser Entwurf bringt eine richtige organische Gestaltung der Volksschule. In der katholischen Kirche hat man selbst die Aufsicht des Staates über den Religionsunterricht bekämpft. Wenn das Zentrum die Vorlage annimmt, dann erkennt es damit an, daß diese Staatsaufsicht mit dem Wesen der katholischen Kirche vereinbar ist; dann sind wir den Kampf nach dieser Richtung hin los. Auf der Lehrerversammlung wurde für ein ganz farbloses Christenthum Propaganda gemacht. Wenn solche Bestrebungen zurückgehalten werden, so ist das ebenfalls nur zum Vortheile der Schule kienen. Wenn die Nationalliberalen sich freundlich stellen, dann können wir ja in der Kommission versuchen, ihnen so weit als möglich entgegenzukommen. Ich begreife die feindliche Stellung der Herren nicht, sie ist in der Sache nicht begründet. Ich kann nur glauben, daß daran politische Gründe schuldig sind, man will die liberalen Parteien mobil machen. Man ist bei den Nationalliberalen empfindlich, wenn Baden der liberale Musterstaat genannt wird, aber dafür haben Sie keine Empfindung, wenn der „Mannheimer Amtsverkündiger" von dem vorliegenden Entwurf als von Kapuzinerweisheit spricht. Sie müßten doch die Ehre Preußens höher schätzen als die eines fremden Landes. Sie sind zu parteiisch. Uebrigens hat die Regierung die Nationalliberalen mehr unterstützt, als sie von diesen unterstützt worden ist. Dem Ministerpräsidenten haben Sie unrecht gethan, wenn Sie sagen, er hätte Ihnen den Vorwurf des Atheismus gemacht. Daß die nationalliberale Presse in den Kampf des Zentrums gegen den Antichristenthum Vorschub geleistet hat, ist allbekannt. Daran hat ja gerade die Sozialdemokratie ihre Nahrung gefunden. Mögen Sie den Kampf gegen Kirche und Schule verlachen; wenn die Regierung fest bleibt, so wird das zum Siege einer gesunden christlichen Pädagogik führen. (Beifall rechts.)

Abg. Knörcke (dfr.): Wenn solche Vorwürfe, daß wir den Atheismus fordern, nur von Herrn Stöcker kämen, könnten wir darüber schweigen, denn was er über unser Christenthum denkt, ist uns gleichgültig. Solche Urtheile, wie gestern der Ministerpräsident ausgesprochen hat, sind niemals in diesem Hause über ganze Parteien ausgesprochen worden. Wir nehmen für uns in Anspruch, daß wir auf dem Grunde des Christenthums stehen, wenn auch unsere Anschauung abweicht von dem, was Herr Stöcker darunter versteht. Man verwechselt die altkirchliche und die moderne Weltanschauung. Es wäre ein Unglück für das Vaterland, wenn das Christenthum nicht in Einklang zu bringen wäre mit der Kultur. Der Ministerpräsident hat davon gesprochen, daß er gegen den Strom schwimmen könne. Er hat daraus auf die Kornzölle verwiesen. Er vergißt den Unterschied zwischen Kornzöllen und den geistigen Interessen, die hier in Frage stehen. Das Volk wird sich eine Beeinträchtigung der geistigen Interessen nicht gefallen lassen. (Lurm rechts: Wer ist denn Ihr Volk?) Den Materialismus bekämpfe ich wie Sie, aber es giebt nicht nur ein Dogma des Materialismus, sondern auch einen

---

Ansatz gebracht werden, am allerwenigsten aber für ein volles Jahr. Ebenso durfte auch für das Baukapital, welches selbst am 1. April 1889 noch nicht voll verausgabt war, für die Zeit vom 1. September 1888 bis Ende März 1889 nicht schon eine Amortisation und Abschreibung eingestellt werden. Der Ansatz von 14000 Mark Zinsen und 19250 Mark Amortisation, welchen die Schradersche Umrechnung ergiebt, ist also ungerechtfertigt. Der Rest der Differenz ist im Wesentlichen auf die Höhe des für die Amortisation berechneten Prozentsatzes zurückzuführen. — Uebrigens giebt selbst Herr Stadtrath Schrader zu verstehen, daß die Verhältnisse, welche die Errichtung der Darmstädter Centrale veranlaßten, ganz eigenartig waren. Die Stadtverwaltung dort ist, wie in der betreffenden Denkschrift des Magistrats ausdrücklich hervorgehoben wird, zur Ausführung der Anlage geschritten in der sichern Voraussicht, daß die Stadt aus höheren Rücksichten in den ersten Jahren Opfer bringen müsse. Darmstadt ist kaum halb so groß wie Halle a. S. oder Elberfeld. Die Hauptconsumenten der Darmstädter Centrale, nämlich das Großherzogliche Schloß und das Hoftheater, stellen überaus große Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Centrale, haben aber relativ sehr geringen Consum. Etablissements, welche mit einiger Regelmäßigkeit Stromantheile konnumiren, fehlen in Darmstadt gänzlich, während z. B. Halle a. S. solche Etablissements in auffallend großer Zahl aufzuweisen hat. Auch ist der gesammte Zuschnitt des geschäftlichen Lebens in Darmstadt höchst primitiver Natur.

Das Beispiel Darmstadts, welches Herr Stadtrath Schrader zum Ausgangspunkt seiner Warnungen macht, ist aus den angeführten Gründen nicht glücklich gewählt, wie Herr Stadtrath Schrader Artikel 5 alin. 3 selbst anzudeuten scheint, indem er schreibt: „Höchstens könnte man bei Residenzstädten, die glauben, eine besonders glänzende Außenseite annehmen zu müssen, eine Ausnahme machen." Dieses Zugeständniß hindert indeß Herrn Stadtrath Schrader nicht, das Beispiel von Darmstadt für seine „Warnung" auszubeuten, der er die unschöne Schlußwendung zu geben weiß: „Es werden aber die Menschen nicht aussterben, welche durch fremden Schaden nicht klug werden wollen." Ich hänge dieses Schlußsatz der Schraderschen Artikel tiefer, ohne befürchten zu müssen, daß die geehrten Leser, lediglich dem Wunsche folgend, nicht zu den „Dummen" gerechnet zu werden, auf eine unparteiische Prüfung der für unsere Stadt in Betracht kommenden Gesichtspunkte verzichten werden.

Um schließlich der vielbesprochenen Darmstädter Centrale Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, soll hier zu Ehren dieser schlimmsten aller Centralen konstatirt werden, daß auch diese Centrale schon in den allernächsten Jahren eine Rente abwerfen wird.

Bevor ich nun auf die weiteren Ausführungen des an die Schraderschen Warnungen angefügten Beiwerkes des Nähern eingehe, halte ich es für nothwendig, mich auf den Standpunkt des Lesers zu versetzen. Der Leser, dem von Herrn Stadtrath Schrader das verhängnißvolle Bild eines verschleierten Defizits auf Grund angeblicher Mißerfolge bereits bestehender Centralen vor Augen gestellt wird, mußte durch diese Vorbereitung in die erforderliche Stimmung versetzt werden, die zum Theil mit einfachen, praktischen Erfahrungen und Verhältnissen widerstreitenden Grundsätze des Herrn Stadtrath Schrader mit in Kauf zu nehmen. Der „vorsichtige" Leser mußte sich aber angesichts der Schrader'schen Artikel sagen, daß auf derartige Angriffe die Rechtfertigung nicht ausbleiben kann, wie ja stets die Strafe der Schuld auf dem Fuße zu folgen pflegt. Denn immer noch gilt der alte Grundsatz: „audiatur et altera pars!"

Zunächst noch eine vorläufige Bemerkung über eine Schrader'sche „Autorität". Herr Stadtrath Schrader weiß in Kapitel 6 „den Freunden der Elektrizität" von einem „Physik-Professor" zu erzählen, welcher die Beleuchtung seines Hörsaales durch invertirte Gaslampen der elektrischen Beleuchtung vorzieht. Der Herr „Professor" des Herrn Stadtrath Schrader erinnert stark an die im ersten Artikel mitgetheilten Warnungen vor dem Eisenbau. Herr Stadtrath Schrader wird nicht erwarten können, daß wir die Figur seines Herrn Professors ernst nehmen. Soll es doch jetzt noch Leute geben, welche nicht Eisenbahn fahren, sondern selbst weite Reisen mit eigener Equipage vierspännig unternehmen!

Gerade die Beleuchtung der Hörsäle gehört zu den besten Spezialitäten der elektrischen Beleuchtungstechnik. In dieser Hinsicht sind die Zeichensäle der Handwerkerschule in Berlin mit ihrer ganz vorzüglich gelungenen Imitation der Tagesbeleuchtung eine ganz hervorragende Leistung. Zu den „Freunden der Elektrizität" scheint der „Herr Professor" nicht zu gehören.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818920201 1-19/fragment/page=0002

Materialismus des Dogmas. Wenn Herr Stöcker glaubte, daß die Erregung im Lande bloß eine gemachte Sache ist, so wird er sich bald überzeugen, daß er sich im Irrthum befindet. Wie kommt der Ministerpräsident dazu, allen Leuten außerhalb dieses Hauses ein Urtheil über die Vorlage abzusprechen. Man braucht nicht alle Einzelheiten zu kennen, sondern nur die Hauptbestimmungen der Vorlage, um deren Geist zu erkennen. Je mehr ich den Entwurf studirt und ihn mit anderen Schulgesetzen verglichen habe, desto mehr bin ich in meinem Urtheil bestärkt worden. Er geht weit zurück hinter alle Gesetze anderer Staaten, von Frankreich ganz zu schweigen, sogar das österreichische ist besser. Zu Gunsten der orthodox-konfessionellen und staatlich-bureaukratischen Dinge sind eigentliche Schulfragen zurückgestellt oder gar nicht gelöst worden. Der Lehrplan der Volksschule ist nur von der konfessionellen Seite aus geordnet, von der Fortbildungsschule ist mit keinem Worte die Rede. Auch die Frage der Lehrerbesoldung hat nur eine unzureichende Lösung gefunden. Der Entwurf soll nur die bestehende Praxis festlegen. War es alte Praxis, daß nur konfessionelle Schulen errichtet werden durften? Mußten nicht auch früher Simultanschulen eingerichtet werden? War es Praxis, daß an den Schulen nur Lehrer einer Konfession angestellt werden durften? War es Praxis, daß die Vertreter der Kirche die Lehrer mit Weisungen versehen durften? Das Veto recht des kirchlichen Kommissars kann den Lehrer überhaupt um seine Stellung an der Schule bringen. Eine solche Mitherrschaft der Kirche ist nicht vereinbar mit dem Charakter einer Realschule. Der Redner wendet sich dann gegen die Organisation der Schulverwaltung, durch welche die Selbstverwaltung auf diesem Gebiet vollständig vernichtet wird. Durch konfessionelle Erziehung werde man die Sozialdemokratie nicht bekämpfen; denn an der Spitze derselben stehen gerade solche Männer, welche eine strenge katholische Erziehung genossen haben. Die Sozialdemokraten können garnichts Besseres wünschen als die Annahme dieses Gesetzes; denn ihre Anhänger würden sich dadurch sehr viel schneller vermehren, als sie sonst erwarten können. Wenn das Gesetz angenommen wird, wird der Lehrermangel sehr erheblich wachsen und die Entwickelung unserer Volksschulen wird dadurch geschädigt werden. Wenn die Lehrer in ein neues Abhängigkeitsverhältniß gestellt werden, dann wird Niemand mehr diesen Beruf ergreifen. Dieser Gesichtspunkt ist durchaus nicht zu unterschätzen. Die kleinen Vortheile, welche den Lehrern geboten werden, reichen nicht aus, über diese Schwierigkeiten hinweg zu helfen. Für die Besserstellung der Lehrer danke ich dem Minister, ebenso dafür, daß er die Volksschule nicht herabdrücken will auf das Niveau, welches Herr Reichensperger als maßgebend hinstellt; aber die Vorlage ist kein Schulgesetz, sondern vielmehr ein Staats- und Kirchengesetz. Deshalb kann ich unter keinen Umständen für dieses Gesetz stimmen, es müßten denn in der Kommission durchgreifende Verbesserungen gemacht werden, was ich aber nicht glaube. Sie mögen für dieses Gesetz die Verantwortung übernehmen. (Beifall links.)

Ministerpräsident Graf von Capri vi: Herr Friedberg hat mir den Rath gegeben, ich möchte objektiv sein. Ich habe seit Jahren zum Grundsatz meines Lebens gemacht, die Sache vor die Person zu stellen. Wenn ich dagegen gefehlt haben sollte, so nehme ich guten Rath an. Nicht die Sammlung von Schlagwörtern, die wir gehört haben, veranlaßt mich zu sprechen, sondern die Stellung, in welche sich Herr Knörcke zur Regierung stellte. Herr Knörcke widersprach den Angriffen, die ich auf weite Kreise gemacht haben soll, daß es sich in letzter Zur Hanz um Christenthum und Atheismus handelt. Die letzte Zur Hanz sind weder die Nationalliberalen, noch die Freisinnigen; ich habe nur andeuten wollen, daß diese Fragen viel weiter gehen und auf einem anderen Boden als hier ausgetragen werden. Daß der Vorredner auf dem Boden des Christenthums steht, trennt mich, selbst wenn ich das Bekenntniß eines Mannes kenne, erlaube ich mir erst nach längerer Bekanntschaft über diese Frage zu urtheilen. Es fällt mir nicht ein, über seine Stellung zum Christenthum streiten zu wollen. Wenn er sagt, er habe eine höhere Vorstellung davon als ich, so giebt es dafür keinen Maßstab und ich will mich darüber auf keinen Disput einlassen. Staat und Kirche sind zwei Dinge, die in naher Beziehung stehen und in Deutschland wenigstens schwer von einander zu trennen sind. Wenn der Vorredner die Kulturentwicklung über die Kirche stellt, so sind Diejenigen, welche auf eine historische Weltanschauung Werth legen, gerade der entgegengesetzten Ansicht. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe im Auslande die Kompetenz abgesprochen, über diese Vorlage zu urtheilen. Ich habe ein ernstes und langes Studium durchgemacht und schließe vielleicht fälschlich von mir auf Andere. Der Vorredner will die Religion aus der Schule entfernen. (Zurufe Knörcke: Das Gegentheil habe ich gesagt.) Dann wende ich mich an Herrn Rickert, der Schottland als das religiöseste Land bezeichnete, in welchem aber die Religion aus der Schule entfernt sei. Wenn die Voraussetzung auch bei uns zutreffe, wenn wir das religiöseste Land wären, dann würde ich mich mit Rickert verständigen können. Aber wenn wir die Religion aus der Volksschule entfernen würden, würden wir den letzten Rest von Religiosität in den unteren Volksschichten gefährden. (Zustimmung rechts.) Ich halte von der Religion im menschlichen Leben sehr viel, und befinde mich dabei wohl mit Allen in Uebereinstimmung. Herr Rickert, der ebenso wie ich, sich mit den Verhältnissen der Werkstarbeiter beschäftigt hat, wird wissen, wie das Leben dieser Volksschichten ist. Der Kampf eines solchen Arbeiters ist es oft, so nicht möglich, in ausgedehnter Weise auf die Religion der Kinder einzuwirken. Wo soll ein Kind aus diesen breiten Schichten der Nation die Religion herbekommen, wenn nicht aus der Schule? Daß es Religion bekommt, ist nothwendig. Meine Auffassung mag von der Ihrigen weit differiren, Sie können mir aber doch nicht zumuthen, daß ich meine Auffassung preisgebe, weil ich an dieser Stelle stehe. Ich muß meine Auffassung zur Geltung bringen, soweit dies mit dem Interesse des Staates vereinbar ist. Der Abg. Friedberg hat eine Reihe von Angriffen gegen mich gerichtet; er sprach von starken Worten, von vergifteten Weisen, die auf mich zurückprallen würden. Starke Worte im politischen Leben sind billig, aber ich verzichte darauf, sie anzuwenden. Ich glaube, man hat mich noch niemals für einen Pessimischer gehalten. (Heiterkeit). Die Pfeile könnten also, wenn sie auf mich zurückprallten, wir nicht schaden. Die Regierung soll die liberalen Parteien majorisiren wollen. Haben denn die Mittelparteien, deren Unterstützung ich mir wünsche, ein verfassungsmäßiges Recht, durch Majorität nicht überstimmt zu werden? (Heiterkeit) Liegt nicht das Bestreben vor, die Staatsregierung zu majorisiren. Sie haben uns Ihrem Willen unterwerfen wollen und dagegen wehren wir uns. Die Verstimmung, die vorhanden ist, thut mir leid, denn es hat der Regierung nichts ferner gelegen, als sich mit der nationalliberalen Partei zu überwerfen; sie hat aber einen anderen Grund. In der Mitte ist der Vorwurf erhoben, die Regierung hätte nicht vorausgesehen, was hier kommt. Das Schicksal dieses Gesetzes ist noch lange nicht entschieden. Ein Gesetz von 200 Paragraphen wird so viel Widersprüch hervorrufen, daß man nicht sagen kann, was noch geschehen wird. Denken Sie an die Landgemeindeordnung und an das Einkommensteuergesetz. Es hat mir der Grad von Voraussicht gefehlt, rechtzeitig zu erkennen, daß man sich mit dem Gedanken einer großen liberalen Partei trägt. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Wenn Sie das nicht wollen, ist mir das ganz willkommen. Aber daß Sie das nicht wollen, haben wir aus Ihren Aeußerungen bisher nicht zu erkennen vermocht. Aus einer älteren Nummer des „Hannoverschen Courier" will ich Ihnen einen Artikel vorlesen, in welchem eine Kriegserklärung gegen die Regierung enthalten; es sei der Moment gekommen, wo die nationalliberale Partei ihre alte Größe zeigen müsse; gegenüber diesem Gesetze gebe es nur ein unbedingtes Nein, einen entschlossenen Kampf. Sind wir es, welche diesen Kriegszustand herbeigeführt haben? Ich kann nicht übersehen, welche Folgen die Bildung einer großen liberalen Partei haben wird. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Ich kann mich auch berufen auf das, was im andern Hause geschehen ist. Stehen Sie damit in Widerspruch, dann sprechen Sie es offen aus und nicht bloß durch Zwischenrufe. Für die Regierung ist die Frage eine sehr interessante, ob eine weite Sezession nach rechts oder links stattfindet. Die „Frankfurter Ztg." sagte auch vor ein paar Tagen, daß die Nationalliberalen die Witterung gehabt haben müssen, daß die Regierung noch viel reaktionärere Dinge plant. Arbeiten Sie in andern Parteien und überzeugen Sie dieselben, dann werden wir zu einem Ergebniß kommen. Ich habe kein Wort zurückzunehmen von dem, was ich gestern gesagt habe. Ich habe bisher keinen Anlaß, an der Ansichtung irre zu werden, daß Sie der Regierung Krieg erklärt haben auf Grund des Volksschulgesetzes oder aus andern unbekannten Gründen. Die „Nationalzeitung" schreibt heute Morgen: Herr Friedberg habe durch Vorführung der einzelnen Punkte der Regierung nochmals Gelegenheit gegeben, den guten Willen der Partei zu erkennen. Das acceptire ich gern und würde es noch lieber acceptiren, wenn ich die Sicherheit hätte, daß die große liberale Partei eine Seifenblase wäre, die schon wieder verflogen ist. (Beifall rechts).

(Schluß in der 1. Beilage.)

Aus Rah und Fern.

Vom Winter und Wetter. Der Postdampfer-Verkehr zwischen Gjedser und Warnemünde war heftigen Sturmes halber gestern unterbrochen. Der Eisgang hatte die Pontonbrücke über den Ljimfjord gesprengt.

Die Beerdigung des Großfürsten Constantin fand am Sonnabend in Gegenwart der Mitglieder der kaiserlichen Familie mit großer Feierlichkeit statt. Der Kronprinz von Schweden nahm an der Feier persönlich theil. Der deutsche Kaiser war durch den General v. Werder vertreten.

Feuersbrunst im Kloster. In Woroneih ist gestern das Kloster des heiligen Mitrofan abgebrannt. Die Gebeine des Heiligen sowie die kostbaren Kirchengeräthe sind unversehrt geblieben. Bei den Löscharbeiten sind mehrere Feuerwehrleute verunglückt.

Anläßlich des Sterbetages des Kronprinzen Rudolf ließ der deutsche Kaiser durch ein Mitglied der deutschen Botschaft einen Kranz auf dem Sarge niederlegen mit der Inschrift: „Dem treuen Freunde, Kaiser Wilhelm."

Zur Witu-Angelegenheit. Nachdem vor wenigen Tagen die unerwartete Nachricht kam, daß an die Hinterbliebenen des in Witu ermordeten Künzel aus Mittelfranken eine Entschädigung von 2000 Mark bezahlt worden sei, wird jetzt weiter gemeldet, an die Angehörigen sämmtlicher Mitglieder der Küntzelschen Expedition seien ähnliche Entschädigungs-Summen ausgeliefert worden. Auf die erste Meldung hiervon mußte man glauben, daß dies eine erste Abzahlung der von England an forderden Gesammt-Entschädigung sei; das ist aber durchaus nicht der Fall, vielmehr wird jetzt von halboffiziöser Seite berichtet, von einem nicht genannten Kolonialfreunde wäre eine Summe von etwa 100 000 M. für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden. Das ist einer der seltsamsten Vorgänge, der aber in keinem Falle geeignet ist, die ganze Witu-Angelegenheit zu erledigen, wenn auch die Hinterbliebenen von Angehörigen der Küntzelschen Expedition sich damit befriedigt erklären. In Witu war eine größere Anzahl von Deutschen ansässig, welche dort Grundbesitz erworben, Gebäude (Schambas) errichtet und Anpflanzungen gemacht hatten. Ihnen wurde, obwohl sie nicht zur Küntzelschen Expedition gehörten, ihr Eigenthum zerstört, auch kamen mehrere von ihnen ums Leben. Sie machten natürlich Entschädigungsansprüche geltend, einzelne in Höhe von mehreren 100 000 M.; nach dieser Richtung hin ist bisher nichts geschehen.

— Verhaftung eines Mörders. In Ottweiler, ist und zwar in dem berüchtigten Wickelskirchen ein Mitglied einer Zigeunerbande verhaftet und nach Hagen gebracht, wo er vor einigen Wochen einen Mord begangen haben soll.

— Die Universitätsunruhen in Turin. Eine Versammlung von Studirenden der Universität faßte mit geringer Mehrheit den Beschluß, die Vorlesungen nicht zu besuchen. Die Minderheit erklärte, durch den Beschluß nicht gebunden zu sein.

— Von der Sanitäts-Konferenz wird aus Venedig (31. Januar) gemeldet: In der gestrigen letzten Sitzung der Sanitäts-Konferenz wurde eine alle Beschlüsse resumirende Konvention unterzeichnet. In den technischen Fragen wurde die vollste Uebereinstimmung erzielt. Einige diplomatische Delegirte behielten sich die Unterzeichnung noch vor, dieselben warten die Instruktionen ihrer resp. Regierungen ab. Vor dem Schluß fand eine Kundgebung der Konferenz für den König Humbert und eine Danksagungsbezeigung für Italien, das gastfreundliche Venedig und den Präsidenten d'Ricca statt.

— Ein Theil der Stadt Chimay ist am gestrigen Sonntag durch eine Feuersbrunst zerstört worden.

Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgebung.

Der Nachdruck unserer Original-Korrespondenzen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet.

w. Nienburg (Saalkreis), 31. Jan. (Durch unzeitige Explosion einer Dynamitpatrone) ist gestern Mittag in einem nahgelegenen Steinbruche ein schweres Unglück entstanden. Der mit den Sprengarbeiten betraute Vorarbeiter Grothe aus Hohen wollte ein bereits benutztes Bohrloch untersuchen resp. reinigen, als er dabei auf eine noch in dem Loche steckende nicht losgegangene Dynamitpatrone stieß. Die letztere explodirte nunmehr und der über die Stelle gebeugte Mann wurde durch umherfliegende Sprengstücke am Körper schwer beschädigt. Namentlich büßte derselbe mehrere Finger der linken Hand ein und erlitt außerdem einen komplizirten linksseitigen Unterschenkelbruch, sowie Verletzungen des Kopfes und Gesichts. Mit dem nächsten Bahnzuge wurde der mit Notverbänden versehene Verunglückte der Halleschen Klinik zugeführt.

Bernburg, 31. Jan. (Kreisverein vom rothen Kreuz.) In der am vergangenen Sonnabend im Logengebäude abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Kreisvereins vom rothen Kreuz, trug der Vorsitzende, Herr Kreisdirektor a. D. Bunge, zunächst den Jahresbericht pro 1891 vor. Nach demselben betrug die Zahl der Mitglieder 605. Die Einnahme des Vereins belief sich auf 9779,17 M. an Ausgabe auf 1022,43 M., der Bestand auf 8756,74 M. An Beiträgen sind 790,25 M. eingekommen. Die Kaiser-Wilhelm-Stiftung war bei dem vom Centralcomité erhaltenen Zuschuß von 500 M. in der Lage, den 3 Invaliden des Kreises eine monatliche Unterstützung von je 5, 10 und 20 M. zu zahlen. Ihre Einnahme betrug 1435,70 M., die Ausgabe 545,40 M., der Bestand 890,30 M. Das Gesammtvermögen des anhaltischen Landesvereins hoffnerte sich im Jahre 1890 auf 19279,04 M. Ueber die im Centralcomité zu Berlin gehaltenen Sitzungen berichtete eingehend Herr Kommerzienrath Brunner. Derselbe erklärte sich auch bereit, den anhaltischen Landesverein in der am 21. April d. J. in Rom abzuhaltenden internationalen Konferenz der Vereine vom rothen Kreuz zu vertreten. Schließlich sei noch bemerkt, daß die Sanitäts- und Transportcolonne des hiesigen Kreisvereins aus 146 Mann besteht, welche von drei hiesigen Aerzten den erforderlichen theoretischen und praktischen Unterricht erhielten.

T **Aus Thüringen**, 31. Jan. (Allerlei.) An dem zu Gera stattgehabten Festmahle anläßlich des kaiserlichen Geburtstages nahm auch der Erbprinz von Reuß j. L. theil und gab in seiner Ansprache, in welcher er nicht nur der hohen militärischen Tugenden des Kaisers, sondern auch seines warmen Herzens für das Bürgerthum ruhmend gedachte, dem Bedauern darüber Ausdruck, daß die edlen Bestrebungen Sr. Majestät sowohl im Auslande wie auch im Reiche so vielfach verkannt wollen. — Seit Beginn dieses Jahres wird in der Schule zu Neustadt a. O. an arme Kinder vor Beginn des Unterrichts Milch und Brod vertheilt. Die Mittel für diese Spende werden durch Wohlthätigkeitskonzerte und freiwillige Beiträge aufgebracht. — Die nächste Schwurgerichtsperiode am Landgericht zu Gera beginnt am 22. Februar. — Die Stadtbehörden von Coburg haben die Alterszulagen der städtischen Lehrer wesentlich erhöht, so daß sich jetzt das Anfangsgehalt von 1050 M. durch Zulagen nach je 5 Dienstjahren bis zu 2200 M. nach 30 Jahren erhöht; dem städtischen Schuldirektor ist das Gehalt von 3300 M. auf 3600 M. erhöht worden. — Auf der Eisenbahnlinie Meiningen-Schweinfurt fallen bis auf Weiteres täglich zwei Züge aus, da es in Folge von vielfachen Erkrankungen an Influenza an Fahrpersonal fehlt.

□ **Gotha**, 31. Jan. (Leichenschau.) Eine neue, mit dem 1. Februar in Kraft tretende Regierungsverordnung betrifft die Einführung einer streng geregelten Leichenschau. Von den Landrathsämtern müssen Leichenschaubezirke gebildet und für jeden dieser Bezirke ein Leichenschauer sowie ein Stellvertreter bestellt werden. In der Regel ist eine doppelte Leichenschau vorzunehmen und erst nach der zweiten der Leichenbestattungsschein auszustellen. Außerdem wird noch ein „Todesursachenschein" eingeführt, der von dem behandelnden Arzte auszustellen ist.

Heer und Marine.

— Personal-Veränderungen. Herzog Wilhelm von Württemberg Württemberg. Gen. der Inf., zum Chef des Inf. Regts. Nr. 13 ernannt. von Berlepsch, Gen. Lt. und kommandirender Gen. des III. Armeekorps, unter Belassung in dem Verhältniß als Gen. Adjutant des Kaisers und Königs, zum Gen. der Kav. befördert. Fürst zu Stolberg-Wernigerode, Gen. Lt. à la suite der Armee, der Charakter als Gen. der Kav. verliehen. von Bernaman, Gen. Lt. und Kommandeur der 33. Div., zum Gouverneur von Straßburg i. E., von Kayser, Gen. Lt. und Kommandeur der 7. Feld-Art. Brig., zum Kommandeur der 33. Div., — ernannt. Abel, Oberst à la suite des Art. Regts. Nr. 25 und Direktor der Vereinigten Art. und Ingen. Schule, unter Belassung à la suite des gedachten Regts., mit der Führung der 7. Feld-Art. Brig. beauftragt. von Genkow, Oberst und Kommandeur des Garde-Fuß-Art. Regts., unter Stellung à la suite dieses Regts., zum Direktor der Vereinigten Art. und Ingen. Schule ernannt. Frhr. von Rösing, Gen. Major und Kommandeur der 3. Inf. Brig., unter Beförderung zum Gen. Lt., der Rang eines Div. Kommandeurs verliehen. Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz, Gen. Major à la suite des Ulan. Regts. Nr. 9, zum Gen. Lt., Graf von Wedel, Gen. Major, unter Belassung in dem Verhältniß als Gen. Major à la suite des Kaisers und Königs und in dem Kommando zur Dienstleistung bei dem Auswärtigen Amt, zum Gen. Lt., — befördert. von Oidtmann, Gen. Major, beauftragt mit der Führung der 8. Div., unter Beförderung zum Gen. Lt., zum Kommandeur dieser Div. ernannt. Schulz, Gen. Major und Präses des Ingen. Komitees, zum Gen. Lt. befördert. Lentz, Gen. Major und Kommandeur der 14. Kav. Brig., mit der Führung der 19. Div. beauftragt. von Sick, Württemberg. Oberst und Flügel-Adjutant des Königs von Württemberg, bisher Kommandeur des Drag. Regts. Nr. 25, behufs Verwendung als Brig. Kommandeur nach Preußen kommandirt und ihm gleichzeitig das Kommando der 14. Kav. Brig. übertragen. v. Grone, Oberst und Kommandeur des Gren. Regts. Nr. 89, unter Beförderung zum Gen. Major, zum Kommandeur der 59. Inf. Brig., v. Schulten, Oberst und etatsmäß. Stabsoffizier des Kaiser Alexander Garde-Gren. Regts. Nr. 1, zum Kommandeur des Gren. Regts. Nr. 89, — ernannt. Frhr. v. Seckendorff, Oberstlt. à la suite des Inf. Regts. Nr. 20, als etatsmäß. Stabsoffizier nach Württemberg kommandirt, unter vorläufiger Belassung in diesem Verhältniß, Frhr. Quadt-Wykradt-Hüchtenbruck, Oberstlt. und etatsmäß. Stabsoff. des Inf. Regts. Nr. 95, unter vorl. Belassung in diesem Verhältniß, — zu Obersten befördert. von Zamory, Major und Bats. Kommandeur vom Inf. Regt. Nr. 27, zum Oberstlt. befördert.

Vermischtes.

— In Nizza bespricht man, wie die „Frkf. Ztg." schreibt in Salons und Wirthschaften folgende beide Ereignisse tragikomischer Art. Vor einigen Tagen waren in der „Taverne Russe" etliche Hitzköpfe zornig geworden, weil sie Deutsch reden hörten. Die drei Verbrecher lachten aber nur und redeten weiter, worauf sie ersucht wurden, das Lokal zu verlassen, was sie auch thaten; Einer aber hatte seinen Stock vergessen, wollte ihn holen, aber welche vermeintliche „Verhöhnung" ein arger Skandal mit dazu gehörigen Schlägen, Püffen, Stuhlschwingen ausbrach, während das Schlachtgeschrei „A la porte les prussiens" erscholl. Die Polizei kam, führte die blutenden „Deutschen" zum Kommissar, wo sich diese auswiesen. Es waren drei echte Franzosen, die nur von einem längeren Aufenthalt in Wien her mit Vorliebe Deutsch sprachen! Große Entschuldigung und noch größere Zeitungsartikel — Held der zweiten Geschichte ist der Pfarrer in Castagniers. Es wurde an einem Abhang ein todter Mann gefunden, der Sträflingskleider trug. Erst weigerte sich der Pfarrer, den Todten auf dem Dorffriedhofe beerdigen zu lassen, er könne ja Protestant sein; schließlich auf Bitten des Maires folgte er ihn doch ein. Nach vielen Nachforschungen aber stellt es sich nun heraus, daß der offenbar verunglückte Mann ein aus dem Nizzaer Irrenhause entwichener — Muselmann Namens Ali ben el adji Raudu war.

Neueste Nachrichten und Depeschen.

Breslau, 31. Januar. Eine Volksversammlung faßte gestern nach einem Vortrag des Abgeordneten Barth eine Resolution, worin der energische Kampf gegen den Volksschulgesetzentwurf gutgeheißen wird.

Wiesbaden, 30. Januar. Der hiesige Magistrat wurde zu einer außerordentlichen Sitzung berufen behufs Stellungnahme gegen das neue Volksschulgesetz. In Frankfurt findet nächster Tage eine von den Nationalliberalen einberufene große Volksversamlung statt. In Hanau nahm heute der Gemeindeausschuß eine Resolution gegen das Volksschulgesetz an.

Dresden, 31. Januar. Das heute Vormittag ausgegebene Bulletin besagt: Die Königin hatte in der vergangenen Nacht guten Schlaf. Die katarrhalischen Erscheinungen sind gering, der Appetit ist befriedigend. In den Abendstunden war etwas Fieber vorhanden.

Wien, 31. Januar. Die Influenza nimmt hier zu, meist mit Darmkatarrh mehr oder minder schwerer Art verbunden.

Paris, 31. Januar. Dank den getroffenen Maßnahmen ist es dem Vernehmen nach möglich geworden, die an der spanisch-französischen Grenze angehäuften Waarensendungen sämmtlich zur beabsichtigten Zeit über die spanische Grenze zu schaffen.

London, 31. Januar. 6000 Maschinenbauer legten die Arbeit nieder in den Schiffswerften und Schiffsmaschinenbauereien am Wear, Tyne und Tees.

Petersburg, 31. Januar. Die Deputation des 2. Rheinischen Husaren-Regiments No. 9, welche gestern unter Führung des Obersten v. Hagenow zur Theilnahme an der Trauerfeier für den Regimentschef Großfürsten Constantin Nicolajewitsch hier eintraf, hat ihr Absteigequartier im Winterpalais erhalten.

Kairo, 31. Januar. Der Khedive eröffnete die gesetzgebende Versammlung mit einer Ansprache, worin er erklärte, es werde sein eifrigstes Bestreben sein, die Arbeit seines Vaters fortzusetzen. Die Patentsteuer solle aufgehoben, die Salzsteuer ermäßigt werden. Den Betrag von 150,000 Pfd. Sterling jährlich, welcher aus der letzten Conversion herrühre und bisher in der Staatsschuldenkasse verblieben sei, würde bis 1895 vom Staatsschatze verwandt werden.

Belgrad, 1. Februar. Der Klub der Radikalen sprach dem Kabinete Pasic wegen programmwidriger Haltung seine Mißbilligung aus und verlangte Komplettirung eventuell Rekonstruktion des Kabinets. Heute findet die Wahl des engeren Clubausschusses statt zur Berathung der Kabinetsfrage.

Malta, 1. Februar. Am 31. Januar scheiterte das britische Panzerschiff Viktoria in der Nähe von Mississonghi an der Westküste Griechenlands. Hülfe ist abgesandt und man hofft, morgen das Schiff wieder flott zu machen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818920201 1-19/fragment/page=0003

Die ungarischen Wahlen.

Wien, 31. Januar. Zur Stunde beträgt die Majorität der ungarischen Regierungspartei allen Fraktionen gegenüber 61 Stimmen, sie wird noch namhaften Zuwachs erhalten durch sämmtliche Siebenbürger Sachsen, deren politische Führer nunmehr von allen Abgeordneten des Sachsenbodens obligatorisch den formellen Anschluß an die Regierungspartei gefordert haben, wobei denselben die Freiheit der Abstimmung in allen nationalen Fragen gewahrt bleibt, der Verlust der Regierungspartei hat sich durch die Ergebnisse der gestrigen Wahlen auf 9 Mandate reduzirt und dürfte bis zum Schluß der Wahlen völlig ausgeglichen werden. Das aristokratische Element im Reichstage hat sich außerordentlich vermehrt. Die Regierungspartei zählt unter ihren Mitgliedern nicht weniger als 43 Grafen und Barone.

Verkehrswesen.

—v. Vom Königlichen Ministerium für Handel und Gewerbe wird der Handelskammer zu Halle mitgetheilt, daß die Republik San Salvador mit dem 18. November d. J. eine Verfügung, die Fakturen-Ausstellung bei Waarensendungen betreffend, erlassen hat. Diese Verfügung bestimmt, daß die Begleitung möglichst durch den Konsularbeamten erfolgen soll, der an dem Orte wohnt, von dem die Waaren herstammen und daß von jeder Faktura drei Exemplare ausfertigen sind. Eine Uebersetzung der Verfügung kann in den Geschäftsräumen der Handelskammer eingesehen werden.

Hallescher Zuckerbericht.

Halle a. S., den 29. Januar 1891.

Rohzucker. Auch in dieser Woche war eine sehr ruhige Stimmung vorherrschend. Obwohl das Angebot nicht dringend hervortrat, konnten Geschäfte doch nur unter Preisconcession abgeschlossen werden.

Umsatz 31 000 Sack.

Raffinirter Zucker. In der Lage des Marktes hat sich gegen die Vorwoche nichts geändert. Die Kaufluft war schwach und blieben die Umsätze deshalb geringfügig.

Heutige Notirungen.

Rohzucker per 100 Kilo. Granulatedzucker incl. —.— ℳ, Krystall-Zucker I. incl. über 98,5% —.— ℳ, do. II. incl. über 98 % —.— ℳ, Kornzucker 96% excl. —.— ℳ, Rendement 92% excl. 88,20—88,50 ℳ, do. 88% excl. 36,20—36,50 ℳ, Nachproducte 75% Rendement excl. 29,00—31,80 ℳ.

Raffinirter Zucker für 100 Kilo bei Posten aus erster Hand. Krystallzucker fein excl. —.— ℳ, do. fein excl. 60,50—00 ℳ, Melis ff. excl. —.— ℳ, do. m. excl. —.— ℳ, Würfelzucker I. incl. Kiste — ℳ, Patent-Würfel 64,50—00 ℳ, Gem. Raffinade I. incl. —.— ℳ, do. do. II. incl. —.— ℳ, Gem. Melis I. incl. 57,50—00,00 ℳ, do. II incl. —.— ℳ, Farin —.— ℳ.

Melasse I excl. Tonne, Melasse II. excl. Tonne Mark 5,60 bis 6,60.

Magdeburger Börse vom 31. Januar 1892.

Reichs-Anleihe	4	—
Magdeburger Stadt-Obligationen	3½	94,40 bz B
Chemische Fabrik Buckau-Obligationen	4	—
Dessauer Gas-Obligationen	4	—

	Div. p. St. 1890	Div. p. St. 1891	
Magdeburger Allgem. Versich.-Gesellschafts-Act. p. St. à 300 Mk. vollgezahlt	30	—	—
do. do. Brauerei-Actien p. St. à 3000 Mk. mit 20% Einzahlung	200	—	—
do. Hagel-Versicher.-Actien p. St. à 1500 Mk. mit 33⅓ Einzahlung	32	—	—
do. Lebens-Versich.-Actien p. St. à 1500 Mk. mit 20% Einzahlung	26	—	—
do. Mühl.-Versich.-Actien per St. à 300 Mk. vollgezahlt	—	—	—
	Div. 1890	in % 1891	
Actien-Brauerei Neustadt-Magdeburg	4	8½	163,— G
Caroline, consolidirte Bergwerks-Actien	4	7	—
Chemische Fabrik Buckau-Actien	4	5	103,— B
Teutonia Gas-Actien	4	10	—
Eisengießerei und Maschinen-Fabrik Nienb.	4	5	—
„Aktie", Elbschiff.-Ges.-Actien	4	3	—
Seyd., vorm. Fabrik El.-Actien	4	2½	72,50 G
Magdeburger Allgemeine Gas-Actien	4	4½	—
do. Bankverein-Antheile	4	6	107,— G
do. Bau- und Creditbank-Actien	4	8	95,0 G
do. Bergwerks-Actien	4	23½	—
do. do. Stamm-Priorit.-Act.	4	23½	—
do. Brauhaus-Actien	4	6½	101,00 G
do. Strassenbahn-Actien	4	5	—
Mavie consolidirte Bergwerks-Actien	4	2½	—
Maschinen-Fabrik Buckau-Actien	4	2½	61,50 B
Sächs. Thür. Braunkohlen-Berwerth.-Actien	4	9	—
do. do. do. Stamm-Prior.-Act.	5	9	—
Cudenburger Maschinenfabrik-Actien	4	20	258,— G
Magdeburger Zuckerraffinerie Stamm-Actien	4	2	—
do. do. Stamm-Prior.	4	4	—

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

	Datum	Stand	Datum	Stand	Fall	Wuchs
	Saale und Unstrut.					
Halle	31. Jan.	+ 2,52	1. Feb.	+ 2,62	—	0,10
Trotha	„ „	+ 3,30	„ „	+ 3,42	—	0,12
Straußfurt	„ „	+ 2,80	„ „	+ 1,90	0,90	—
Aisleben	30. „	+ 2,06	31. „	+ 2,36	—	0,30
	Elbe.					
Aussig	30. Jan.	+ 3,66	31. Jan.	+ 0,01	—	0,34
Dresden	„ „	+ 0,50	„ „	+ 0,14	0,36	—
Wittenberg	„ „	+ 1,87	„ „	—	—	—
Magdeburg	„ „	+ 1,43	„ „	+ 1,58	—	0,15
Barby	„ „	+ 1,68	„ „	+ 2,12	—	0,44
Wittenberge	„ „	+ 2,96	„ „	+ 2,31	0,65	—

Waarenn und Produktenberichte.

Getreide.

Berlin, 30. Januar. Weizen mit Ausschluß von Kaufweizen pro 1000 Kilogr. loco flau, Termine fast gewichen, geschäftslos 900 Tonnen, Kündigungspreis 204 Mk., loco 20 — 229 Mk. nach Qualität, Lieferungsqualität 206 Mk. bez., per diesen Monat 204,5—203 Mk. bez., Durchschnittspreis 204 Mk., per April-Mai 203—199,75 Mk. bez., per Mai-Juni 204,75—201 Mk. bez., per Juni-Juli 203,75—201,5 Mk. bez.

Roggen per 1000 Kilogr. loco ohne Umsatz, Termine ferner gewichen, geschäftslos 100 Tonnen, Kündigungspreis 155,75 Mk. bez., loco 206—218 Mk. bez. nach Qualität, Lieferungsqualität 211 Mk. bez., inländischer, — Mk. bez., per diesen Monat 211,5 Mk. bez., Durchschnittspreis 211,5 Mk. bez., per Januar-Februar — Mk. bez., per Februar-März 208,25—2 8,5—208,75 Mk. bez., per April-Mai 206—201,5 Mk. bez., per Mai-Juni 201—200 Mk. bez., per Juni-Juli 201—200 Mk. bez., per Juli-August — Mk. bez.

Gerste per 1000 Kilogr. loco flau, große und kleine 156—200 Mk. bez., Futtergerste 157—167 Mk. bez. nach Qualität bez.

Hafer per 1000 Kilogr. loco flau, Termine niedriger, geschäftslos 50 Tonnen, Kündigungspreis 154 Mk. bez., loco 154—175 Mk. nach Qualität bez., Lieferungsqualität 155 Mk. bez., pommerscher, preußischer und schlesischer, mittel bis gutes 156—162 Mk. bez., hochfeiner 171—172 Mk. ab Bahn und frei Wagen bez., per diesen Monat 154 Mk. bez., Durchschnittspreis 154 Mk. bez., per Januar-Februar — Mk. bez., per Februar-März — Mk. bez., per April-Mai und per Mai-Juni 153,5—152,75—153,5—152,75 Mk. bez., per Juni-Juli 154—153—153,75—153 Mk. bez.

* Magdeburg, 30. Januar. (Gebr. Friedberg.) Landweizen 212—216 Mk., Weißweizen 208—212 Mk., feiner Weizen 215,75 Mk., Kaufweizen 206—205 Mk., Roggen 166—168 Mk., Roggen inländ. 204—212 Mk., fremdl. 222—232 Mk., Chevalliergerste 182—194 Mk., Landgerste 172—184 Mk., Hafer 154—164 Mk. für 1000 Kilogr.

* Mockhausen, 30. Januar. Weizen 20,50—21,00 Mk., Roggen 22,50—23,00 Mk., Gerste 15,50—16,50 Mk., Hafer 13,50—14,00 Mk.

* Leipzig, 30. Januar. Weizen per 1000 Kilogramm netto loco inländischer 206—212 Mk. bez., do. ausländischer 220—240 Mk. bez. n. Br., flau — Roggen per 1000 Kilogr. netto loco inländ. 216—215 Mk. bez. n. Br., ausländ. 220 Mk. bez., neue flau. — Gerste per 1000 Kilgr. netto loco Braugerste 170—190 Mk. bez. n. Br., Mahl- u. Futtergerste 158—170 Mk. bez. n. Br. Hafer Kilgr. per 1000 netto loco inländischer 150—152 Mk. bez. n. Br., ausländischer — Mk. bez. n. Br.

* Breslau, 30. Januar. Roggen per Januar 222 Mk., per Jan.-Februar — Mk., per April-Mai 217,00 Mk.

* Stettin, 30. Januar. Weizen flau, loco 206—215, per Januar 215,00, per April-Mai 210,00. — Roggen flau, loco 200—208, per Januar 215,00, per April-Mai 216,00. — Pommerscher Hafer neuer loco 150—158.

* Köln, 30. Januar. Weizen hiesiger loco neuer 23,00, fremder loco 23,50, per März 20,85, per Mai 21,85. — Roggen hiesiger loco 23,00, fremder loco 24,75, per März 21,85, per Mai 20,85. — Hafer hiesiger loco 15,00, fremder —.

* Mannheim, 30. Januar. Weizen per Januar —.—, per März 21,25, per Mai 21,60. — Roggen per Januar —.—, per März 21,50, per Mai 21,75. — Hafer per Januar —.—, per März 14,65, per Mai 15,00.

* Hamburg, 30. Januar. Weizen loco ruhig, holstein. loco ruhig, neuer 215 bis 226. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 218—223, russischer loco ruhig, neuer 192—198 nom. — Hafer ruhig. Gerste ruhig.

* Wien, 30. Januar. Weizen per Frühj. 10,71 Gb., 10,74 Br., per Herbst 9,60 Gb., 9,72 Br. — Roggen per Frühj. 10,48 Gb., 10,61 Br., per Herbst 8,75 Gb., 8,80 Br. — Hafer per Frühj. 6,60 Gb., 6,63 Br., per Herbst —.— Gb., —.— Br.

* Pest, 30. Januar. Weizen loco billiger, per Januar —.— Gb., —.— Br., per Frühjahr 10,50 Gb., 10,52 Br., per Herbst 9,40 Gb., 9,42 Br. — Hafer per Frühjahr 6,16 Gb., 6,18 Br., per Herbst —.— Gb., —.— Br.

* Paris, 30. Januar. (Anfangsbericht.) Weizen matt, per Januar 25,40, per Februar 25,60, per März-April 25,70, per März-Juni 25,80. — Roggen matt, per Januar 19,70, per März-Juni 20,60.

* Paris, 30. Januar. (Schlußbericht.) Weizen weichend, per Januar 25,20, per Februar 25,20, per März-April 25,40, per März-Juni 25,70. — Roggen matt, per Januar 19,60, per März-Juni 20,60.

* Amsterdam, 30. Januar. Weizen per März 241, per Mai 246. — Roggen per März 219, per Mai 224.

* London, 30. Januar. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten.

* Antwerpen, 30. Januar. Weizen schwach. — Roggen unbeliebt. — Hafer ruhig. — Gerste schwach.

* New-York, 30. Januar. Rother Winterweizen loco 103⅞c. Getreidefracht 3½c. Rother Weizen per Januar —, per Februar 101⅞c, per März 102⅝c, per Mai 101½c.

Zucker.

Magdeburger Börse.

I. Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	28. Januar.		30. Januar.	
Brodraffinade I.	30,—	Mk.	30,—	M.
Brodraffinade II.	29,75	Mk.	29,75	M.
Gem. Raffinade	29,50—29,75	Mk.	29,50—29,75	M.
Gem. Melis I.	28,50	Mk.	28,50	M.
Krystallzucker I.	28,50	Mk.	28,50	M.
Krystallzucker II.	—	Mk.	—	M.

Tendenz am 30. Januar. Ruhig.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

Notirtes

b. frei an Bord Hamburg.

Rüb Stationen.

	28. Januar.		30. Januar.	
Granulirter Zucker	—.—		—.—	
Korns. Rend. 92%	19,25—19,35	M.	19,——19,20	M.
Korns. Rend. 88%	—.—	M.	18,——18,25	M.
Nachpr. Rend. 75%	14,50—16,00	M.	14,50—15,50	M.

Tendenz am 3½. Januar. Matt.

Januar 14,40 bez., 14,42 Br., 14,35 G. Februar 14,50—,35 bez., 14,37 Br., 14,35 Gd. März 14,55—,40 bez., 14,42 Br., 14,40 Gd. April 14,70 bez., 14,75 Br., 14,72 Gd. April-Mai —.— bez., Br. —.— Gd. Mai 14,85—,82 bez., 14,90 Br., 14,85 G. — — Juni —,— bez., 15,05 Br., 14,97 G. — Juni-Juli 15,15 Br. — Br. — Gd. Juli —.— bez., 15,15 Br., 15,07 Gd. August —.— bez., 15,27 Br., 15,20 G. Oktober-Dezember —.— bez., 13,15 Br., 13,— Gd. Tendenz: Matt.

B. Raffinirter Zucker.

Frei an Bord Hamburg.

Januar —.— bez., —.— Br., —.— Gd. Tendenz:

Die Reisesten der Kaufmannschaft

* Hamburg, 30. Januar. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Proc. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Januar 14,35, per März 14,57, per Mai 14,90, per August 14,70. Tendenz: Ruhig.

* Paris, 30. Januar. (Telegramm.) (Schlußbericht.) Rohzucker 88 Procent ruhig, loco 38,— à 38,25. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 39,75, per Februar 39,87, per März-Juni 40,50, per Mai-August 41,—.

* London, 30. Januar. (Telegramm.) 99 Proc. Javazucker loco 16,25 ruhig. Rüben-Rohzucker loco 14,25 matt.

Kaffee.

* Havre, 30. Januar. (Telegramm von Peimann, Ziegler und Co.) Kaffee in New-York schloß mit 15 Points Hausse.

* Havre, 30. Jn nar. (Telegramm 10 Uhr 30 Minuten. (Telegramm von Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos per März 88,50, per Mai 83,75, per September 78,50. Fest.

* Hamburg, 30. Januar. (Nachmittags. Good average Santos per Januar —.—, per März 67,75, per Mai 65,—, per Juli 62,—. Behauptet.

* Amsterdam, 30. Januar. (Telegramm.) Java-Kaffee good ordinary 58½.—.

* New-York, 30. Januar. (Telegramm.) Kaffee Rio Nr. 7 low ordinary per Februar 13,02, per April 12,42.

Petroleum.

* Berlin, 30. Januar. Petroleum. (Raffinirtes Standard white) per 100 kg mit Faß in Posten von 100 Ctr. Termine —. Gekündigt —.— kg. Kündigungspreis —. Markt. Per diesen Monat —.— Mark.

* Stettin, 30. Januar. Petroleum loco 15,—.

* Bremen, 30. Januar. Raffinirtes Petroleum ruhig, loco 6,75 Br.

* Hamburg, 30. Januar. Petroleum fest. Standard white loco 6,4 Br., per Januar-März 6,30 Br.

* Antwerpen, 30. Januar. (Telegr. Schlußbericht). Petroleum raffinirtes Type weiß, loco 16,— bez., 16,— Br., per Januar —,— Br., per Februar 15,75 Br., per September-Dezember 15,25 Br. Ruhig.

* New-York, 30. Januar. (Telegramm.) Raffinirtes Petroleum Standard white in New-York 6,45—0,0 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35—00,0 Gb. Rohes Petroleum in New-York 5,80, do. Pipeline Certificates per Februar 67, Ziemlich fest.

Spiritus.

* Berlin, 30. Januar. Spiritus mit 50 Mark Verbrauchsabgabe per 1 0 Liter à 100 Proc. = 10000 Proc. mit Tralles. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis —.— Mark. Loco ohne Faß 66,03, per diesen Monat —.—.

* Spiritus mit 70 Mark Verbrauchsabgabe. Termine weichend. Gekündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis —.— Mark. Loco mit Faß —.— Mark, per diesen Monat 46,2—46,3—46,2 bez., per Januar-Februar 45,3—45,4—44,7 bez., per Februar-März —,—— bez., per März-April —.— bez., per April-Mai 46,5—46,7—46,5 bez., per Mai-Juni 46,5—46,7—46,6 bez., per Juni-Juli 46,9—46,1—46,2 bez., per Juli-August 47,1—47,3 46,5 bez., per August-September 47,0—47,2 46,5 bez.

* Leipzig, 30. Januar. Spiritus per 10000 Literprocent ohne Faß mit 50 Mark Verbrauchsabgabe 66,10 Mark G., mit 70 Mark do. 46,70 Mark G.

* Stettin, 30. Januar. Spiritus matt, loco ohne 50 Mark Konsumsteuer —,—, per Januar 45,50, per April-Mai 46,0.

* Posen, 30. Januar. Spiritus loco ohne Faß (50er) 63,40 bz. loco ohne Faß 70er 44,—. Still.

* Hamburg, 30. Januar. Spiritus per 100 Liter 100 Procent excl. 50 Mark Verbrauchsabgaben per Januar 63,80, do. do. 70 Mark Verbrauchsabgaben per Januar 44,30, do. do. per Januar-Februar —,—, do. do. per April-Mai —,—.

* Hamburg, 30. Januar. Spiritus matt, per Januar 35,75 Br., per Januar-Februar 35,75 Br., per April-Mai 35,75 Br., per Mai-Juni 35,75 Br.

* Paris, 30. Januar. Spiritus beh., per Januar 46,75, per Februar 45,75, per März-April 45,75, per Mai-Juni 44,50.

Oele. Oelsaaten. Fettwaaren.

* Berlin, 30. Januar. Amtlich) Rüböl per 100 kg mit Faß. Termine schwankend. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis —. Markt. Loco mit Faß —,—, loco ohne Faß —,—, bez., per diesen Monat 54,5—,—, per Januar-Februar —,—, per Februar-März —,—, per April-Mai 54,7—54,6 bez., per Mai-Juni —,—, bez., per September-Oktober 54,7 bez.

* Breslau, 30. Januar. Rüböl per 100 kg netto ohne Faß 56,50 Mark bez., —,— Br. Fest.

* Breslau, 30. Januar. Rüböl per Januar 57,50, per April-Mai —.

* Stettin, 30. Januar. Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 55,—.

* Köln, 30. Januar. Rüböl loco 62,—, per Mai 56,50, per Oktober 55,50.

* Hamburg, 30. Januar. Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 55,—.

* Paris, 30. Januar. (Telegramm.) Rüböl ruhig, per Januar 54,50, per Februar 54,50, per März-April 55,25, per März-Juni 55,75.

Futterstoffe und Düngemittel

* Magdeburg, 30. Januar. Rapskuchen 17,75—14,— Mark für 100 kg.

* Leipzig, 30. Januar. Raps für 1000 Kilgr. netto —,—— Mk.

* Hamburg, 30. Januar. Rapskuchen per 100 kg netto —,—— Mk. Br.

* Hamburg, 29. Januar. Salpeter, loco 9,32 Mark, Februar-März 9,32 März 9,40, März-April 9,35 Mark für 50 Kilogramm.

* Hamburg, 29. Januar. Schwefel. Kommerzial 23,00—24,00 Mk. für 100 Kilogramm.

* Hamburg, 29. Januar. Chili-Salpeter. Notirungen der Makler-Vereinigung. Preise loco 9,25 Mark für 50 Kilogramm, Lieferungspreise März 9,25 Mark, März 9,35 Mark, März-April 9,30 Mark. Tendenz: Schwach.

* Hamburg, 29. Januar. Düngestoffe. Guano, rückstoßfr. phosphorsäure 55—57 Prozent 9,00—12,00 Mk. Rohphosph. 70—85 Prozent 7,50 bis 11 Mk., do. 50—65 Proz. 4,00—6,50 Mk., Fleisch und Fischmehl 14,00—17,00 Mk., Knochenmehle 10—12,50 Mk., Blut- und Hornmehle 14—17 Mk., Superphosphate 6,50—12 Mk. für 100 Kilogramm.

* Hamburg, 29. Januar. Futterstoffe Palmkuchen, deutsche, 125 Mark für 1000 kg, Cocoskuchen, deutsche, 165 Mark für 1000 kg. Baumwollsaatkuchen 140 Mark für 1000 kg. Leinmehlkuchen 150—155 Mark für 1000 kg in nach Qual. Rapskuchen 130—140 Mark für 1000 kg, Leinkuchen 165 Mark für 1000 kg, Palmkernschrot 120 Mark für 1000 kg.

* London, 28. Januar. Chili-Salpeter 9 sh. 6,— d. für gewöhnliche, 9 sh. 7,50—9 d. für chemische Sorten.

Hülsenfrüchte.

* Berlin, 29. Januar. (Kmtl.) Erbsen, gelbe zum Kochen 22—46 Mk., Speisebohnen weiße, 22—56 Mk., Linsen 40—70 Mk. per 100 Kilogr.

* Berlin, 30. Januar. Mais per 1000 Kilogr. loco flau, — Termine niedriger. Gekündigt 200 Ton., Kündigungspreis 136 Mk., loco 157—163 Mk. nach Qualität bez., per diesen Monat 1 6 Mk. bez., per Januar-Februar Mk. bez., per Febr.-März —, per April-Mai 117,25—117 Mk. bez., Juni-Juli — bez.

* Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 19—240 Mk. bez., Futterwaare 150—180 Mk. nach Qualität bez.

* Leipzig, 30. Januar. Mais per 1000 Kilogr. netto amerikanischer — Mk. rumänischer — Donau — ungarischer 158 Mk. Br.

* Wien, 29. Januar. Mais per Mai-Juni 5,97 Gb., 6,00 Br.

* New-York, 30. Januar. (Telegram.) Mais (Neu) per Februar 49, per März 49, per Mai 49.

Mehl.

* Berlin, 30. Januar. (Kmtl.) Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Termine weigend. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mk. bez., per diesen Monat 28,6 Mk., per Januar-Februar 28,6—28,25 bez. per April-Mai 27,95—27,4 bez., per Mai-Juni — bez., per Juni-Juli 27,5—27, bez.

* Berlin, 30. Januar. Weizenmehl Nr. 00 29,2—,27,— Mk. bez., Nr. 0 26,25 bis 26,25 Mk. bez. Reine Marken über Notiz bezahlt. Roggenmehl Nr. 0 und 1 28,75—28, Mk. bez. do. feine Marken Nr. 0 und 1 30,5 28,75 Mk. bez. Nr. 0 1,0 höher als Nr. 0 und 0 u. 1 per 100 Kilogr. Br. incl. Sack.

* Berlin, 30. Januar. Rohmühlen. (Schlußbericht.) Mehl matt, — per Januar 22,75, per Februar 23,30, per März-April 24,40 März-Juni 24,90.

* New-York, 30. Januar. (Telegr.) Mehl 4 D. 10 C.

Stärke. Kartoffelmehl

*Hamburg, 29. Januar. Kartoffelfabrikate. Tendenz fest. Notirungen für 100 kg Kartoffelstärke. Primawaare prompt 33,75 34,25 Mk. Lieferung 33,50—34,— Mk. Kartoffelmehl. Primawaare 32,50—33,— Mk., Lieferung 32,— 32,50 Mk., Superiorstärke 25,—26,00 Mk. Superiormehl 26,—27,— Mk.

Stroh. Heu.

* Halle, 30. Jan. (Strohpreise.) langes Roggenstroh von 2,60—2,50 Mk. per Centner, Maschinen-Stroh 1,25,— Mk., Kleiensaat 3,— bis 3,75 Mk. per Centner in Fuhren, Torfstreu 1,20 Mk., Kleeheu 3,50 bis —,— Mk. per Centner zum Theil in sehr versch. Russal ungeführt.

* Neuhausen, 30. Januar. Stroh 4,0 5,— Mk., Heu 5,00—6,— Mk. per 100 Kg.

* Berlin, 29. Januar. (Hol.-Prsf.) Richtstroh 5,—5,50 Mk., Heu 5,10—6,50 Mk. per 100 Kilogr.

* Magdeburg, 30. Januar. Richtstroh 4,50—5,— Krummstroh 3,00—4,— Heu 6—7,0 M. Alles für 100 kg.

Butter. Eier. Fleisch.

* Berlin, 29. Januar. (Hol.-Prsf.). Rindfleisch v. der Keule, 1,20—1,60 Mk. Bauchfleisch 1,00—1,30 Mk., Schweinefleisch 1,10—1,60 Mk., Kalbfleisch 0,80—1,70 Mk. Hammelfleisch 0,90—1,50 Mk., Butter 2,00,—2,80 Mk. per 1 Kilogr. Eier 60 Stück 3,00—5,— Mk.

* Nordhausen, 30. Januar. Landbutter 1,80 Mark, Schmutter 2,00—2,40 Mk. Eier 4—4,20 per Schock 1,35—1,40 Mk. Käse das Schock 3—3,50 Mk.

* Magdeburg, 30. Januar. Rindfleisch von der Keule 1,40 bis 1,50 Mark Bauchfleisch 1,20 bis 1,30 M., Schweinefleisch 1,20 bis 1,40 M., Kalbfleisch 1,20 bis 1,30 M., Hammelfleisch 1,20 bis 1,40 M., Schmutter 2,10 bis 2,40 M. Per 1 kg. Eier per Schock 4,— bis 4,80 M.

Kartoffeln.

* Nordhausen, 30. Januar. Kartoffeln per 100 Kg. 7,75—8 Mk.

* Berlin, 29. Januar. Kartoffeln per 100 Kilogramm 7,5—9,— Mk.

* Magdeburg, 30. Januar. Kartoffeln 7,— bis 8,— M. per 100 kg.

Baumwolle und Wolle.

* Leipzig, 30. Januar. Rohwolle. Kammzug und Zeit: La Plata Contract 5 Februar 3,45 Mk. bez. 3 März-April 3,47,50 Mk. bez. 3 Mai 3,50 Mk. bez. 3 Juni-Oktober 3,-2,20 bez. November-Dezember 3,55 Mk., do. C unverändert. Umsatz Contract 3 55000 Kilogr. Januar-Umsatz 215,000 Kilogr.

* Liverpool, 30. Januar. (Telegr.) Anfangsbericht.) Baumwollbericht Umsatz 1000 B., trägs. Tagesimport 10000 B.

* Liverpool, 30. Januar. Nachm. Baumwolle. Umsatz 6000 B., davon für Spekulation und Export 500 B.

Metalle.

* Frankfurt a. M. 28. Januar. Hochhaltiges Silber in Barren per Kilogr 126,80 Br., 124,80 G.

* Kuttenberg am, 30. Januar. Hancaizinn 54,25.

* Breslau, 29. Januar. Zink unsortirt.

* Newyork, 28. Januar. Zinn Straits 19,60 Doll., Eisen Nr. 1 Coltness 22,25 Doll.

* London, 29. Januar. Chili-Kupfer 44,50 per 3 Monat 45.

* London, 29. Januar. Blei span. 10. 17sh., engl. 10 17sh., Zinn st. Cottses 17 17sh., Zink 22 17sh., Antimon 46,50.

* London, 29. Januar. Mittag. (Telegramm der Herren M. H. Lorenz u. Co. Leipzig.) Zinn. Straits 89,7. Raffinirt 89 17sh.

* Mittwoch, 29. Januar. (Telegramm der Herren M. H. Lorenz u. Co. Leipzig). Zinn, Banka 54, Billiton 53 ℔.

Viehmärkte.

* Nordhausen, 30. Januar. Auf dem heutigen Schweinemarkte wurde der schwacher Zufuhr das Paar Ferkel mit 18 Mk. bezahlt. Fette Landschweine wurden hier je nach Qualität mit 52—58 Mk. per Centner bei 20 Proz. Tara bezahlt.

* Leipzig, 29. Januar. (Telegramm.) Städtisches Central-Viehhof Seit Freitag standen am kleinen Markte z. Verkauf: 4 Minder 1325 Schweine, 732 Kälber u. 2922 Hammel. Schweinehandel gedämpft. 1. Qualität —.— 53 Mk. 2. Qualität 48—52 Mk. 3. Qualität 45—47 Mk. für 100 Pfd. Lebend. Zum Rinderhandel schleppend. Der Kälberhandel gestaltete sich langsam. — 1. Qualität 60—63 Mk. 45 bis 52 Mk. 3. Qualität 37—44 bis Pfd. Fleischgewicht.

Verlag der Mittengerschaft „Hallesche Zeitung" zu Halle.
Verantwortlicher Redakteur: Chefredakteur Wilhelm Anthony für politik Feuilleton und den weiteren Inhalt ausschließlich des Nachrichtenteiles. Dr. Walther Schmidt für lokales, Provinzielles, Theater und Musik. Louis Lehmann für den Handels, Börsen- und Inseratentheil — sämmtlich zu Halle.
Sprechstunden: Chefredakteur Mittwoch 1½—2½ Uhr. Redakteur Dr. Gebend leden 9—1 Uhr. Die Expedition (Inseratenannahme) Geschäftsangelegenheiten ist geöffnet von 7 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Abends.

Große Auswahl reizender Neuheiten
von
Ball- u. Gesellschaftsstoffen
empfiehlt
Bruno Freytag,
Halle a. S.
Ball-Fächer. Ball-Blumen. Ball-Handschuhe.

Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle (Saale)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818920201-19/fragment/page=0004